

Ein Schlusfakt.

Der Verhandlungsabbruch in Preußen.

Ministerpräsident Braun teilte am Freitag gegen 1 Uhr in einer Besprechung mit dem Abg. Dr. Wiemer das bereits bekannte Ergebnis seiner Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien mit. Es habe sich ergeben, daß alle Parteien grundsätzlich zu Verhandlungen bereit seien, daß aber der gegenwärtige Zeitpunkt für nicht geeignet erachtet werde, sondern erst der 3. November abzuwarten sei. Abg. Dr. Wiemer sprach sein Bedauern aus, daß diese Mitteilung nicht, wie zugesagt worden war, bereits am Donnerstag erfolgt sei. Ministerpräsident Braun erwiderte, daß er infolge Arbeitsüberlastung nicht vorher eine Mitteilung hätte machen können.

Die Hohenzollernvorlage angenommen.

Die kommunistischen Mißtrauensanträge abgelehnt.

Der Landtag hat gestern in dritter Lesung die Hohenzollernvorlage mit 258 gegen 37 Stimmen bei 60 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Abstimmung über die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das Gesamtministerium ergab die Ablehnung durch 202 Reinstimmen gegen 44 Ja bei 118 Enthaltungen gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen bei Stimmenthaltung von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei. Auch die Mißtrauensanträge gegen die einzelnen Minister wurden abgelehnt.

Bericht über die Landtagsitzung siehe 2. Beilage.

Der verdaweste Reichslandbund.

Eine Entdeckung des Grafen Reventlow.

Die Völkischen, die auf dem Aussterbeort stehen, wollen ein Konkurrenzunternehmen gegen den Reichslandbund aufmachen. Sie haben eine völkische Bauerntagung abgehalten, um den Bauern zu erzählen, daß das jüdische gefeierte Weltkapital sich der durchzubelben Weimarerrepublik bediene, um den deutschen Besitz zu liquidieren, und die Bauern zu enteignen.

Ja, und der Graf Reventlow hat hinzuentdeckt, daß auch der Reichslandbund in dies verführte Unternehmen des jüdischen Weltkapitals verstrickt ist. Er schreibt im „Reichs-wart“ über die Organisation der „Reichsbank“, der „Dawes-Bank“, die eine Filiale der „Morgan-Bank“ sei:

„Der Zentralrat, der uns hier besonders interessiert, besteht aus einundzwanzig Mitgliedern, die zum Teil Bankmänner sind: Wir finden unter ihnen die Träger der folgenden Namen: Stern, Simson, Schwabach, Nathan, Löwenstedt, Fürstenberg, Simon, Oppenheim, Salomonsohn. Weiter finden wir Geheimrat Worsig, der seinerzeit mit Begeisterung sich für die Dawes-Gesetze einsetzte. Viel interessanter ist es, daß der Graf Eberhard von Kalckreuth, Rittergutsbesitzer und Präsident des Reichslandbundes, zu den Mitgliedern des Zentralrates der Dawes-Bank gehört, der gleichen Bank, durch deren Aktionen der deutsche Bauer ebenso raffiniert wie brutal enteignet wird... In dieser Gesellschaft also sitzt als Anteilhaber der Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, die Liste führt ihn an erster Stelle an. Der Direktor des Reichslandbundes, der Abgeordnete Hopp, gehört der Stresemannpartei an, über ihn braucht man nichts weiter gesagt zu werden.“

Begreift der deutsche Bauer jetzt, warum sein Landbund oder seine demokratischen Bauernvereine ihn nicht aufklären wollen und ihn nicht aufklären können?

Der Reichslandbund ist verdawest — es fehlt nur noch als Punkt über dem i: er ist verjudet. Man erinnert sich der demagogischen Agitation des Reichslandbundes gegen das Zustandekommen des Dawes-Planes. Jetzt richtet sich die völkisch-nationalistische Demagogie gegen ihn selbst.

Daniel Chodowiecki.

Zu seinem heutigen 200. Geburtstag.

Das Mißverhältnis, in dem im 18. Jahrhundert in Deutschland die Malerei zur Literatur und erst recht zur Musik steht, wird gewiß schon jedem, der sich mit Kulturgeschichte befaßt, aufgefallen sein. Was haben wir einen Watteau und Chardin, was einen Tiepolo und Goya entgegenzusetzen? Selbst mit den Engländern, die eine höchst achtbare Porträtmalerei hervorgebracht haben mit Namen wie Gainsborough, Reynolds, Raeburn, sind unsere Graff und Kneller und Raphael Mengs nicht zu vergleichen. Es scheint, daß Dichtkunst und Musik sich viel leichter über die Kleinlichkeit und Jämmerlichkeit staatlicher Verhältnisse hinwegsetzen können als die bildenden Künste, die denn doch mehr an die materiellen Bedingungen gebunden sind. Die zahllosen deutschen Fürstenhöfe beschäftigten ausländische Künstler und empfanden den Mangel einer deutschen Malerschule überhaupt nicht. Aus einem Volkstum, das man mit Füßen trat, konnte keine beachtenswerte Kultur emporwachsen.

Es erweist sich eben immer wieder, daß die Kunst des Rokoko etwas Aufgeklebtes war, wenigstens in Deutschland, nichts organisch von innen und unten her Gewachsenes. Davon machte selbst der gefeierte Hof Friedrichs II. von Preußen keine Ausnahme. Was seine Soldatenwirtschaft verschlang, das mußte die geistige Kultur seines Staates entbehren. So wenig wie für das Schulwesen überhaupt ist in dem Preußen des Philosophen von Sanssouci für Künstscheitern geschehen. Die Berliner Akademie der schönen Künste war weiter nichts als eine Attrappe. Als Hofmaler genügte der recht mittelmäßige Franzose Antoine Pesne; alles andere war überflüssig.

So lagen die Verhältnisse, als der Danziger Kaufmannsohn Daniel Chodowiecki 17 Jahre alt nach Berlin kam, um hier bei seinem Oheim die Handlung zu erlernen. Elf Jahre lang hat er es im Geschäft ausgehalten, dann hat er sich ganz auf die Kunst geworfen. Chodowiecki ist, wie der Name zeigt, polnischer Abstammung. Nach Berlin lockten ihn wohl weniger irgendwelche patriotischen Gefühle als vielmehr die besseren Bedingungen des Fortkommens. Er ist als Kaufmann hier eingezogen und als durchaus bürgerlicher Künstler, von einigen Reisen — nach Danzig, nach Dresden — abgesehen, bis an sein Lebensende geblieben.

Geniale Begabung kann ihm niemand nachsagen. Er hat es mit der Delmalerei probiert, aber seine Versuche fielen nicht ermutigend aus. Die Akademie war so heruntergekommen, daß er von ihr überhaupt nichts profitierte. Er malte Emailbildchen für Schnupftabakdosens. Das verkaufte sich wenigstens leichter als große Gemälde. Dann warf er sich auf den Kupferstich. Mit Zeichenstift und Radierstab ließen sich die Beobachtungen seines scharfen und sicheren Blicks am leichtesten und bequemsten festhalten. Zudem war die Technik billig und bot, weil sie sich vervielfältigen ließ, gute Absatzmöglichkeiten. Das Publikum war lesehäßig. Aus Frankreich kamen die Schriften Rousseaus und Voltaires, aus England die bürgerlichen Romane der Goldsmith, Smollet, Richardson. Shakespeare erlebte im andbrechenden Zeitalter des Realismus seine

Es ist der Fluch aller, die statt sachlicher Politik Demagogie betreiben wollen, daß sich immer jemand findet, der ihre Demagogie durch noch plumpere Demagogie übertrumpft und gegen sie selbst wendet.

Die Fredericus-Marke.

Ein Schildbürgerreich der Reichspost.

Die Reichsdruckerei wird Mitte Oktober mit der Lieferung neuer Postwertzeichen beginnen, die mit Bildnissen berühmter deutscher Männer geschmückt sind. Eine 3-Pfennig- und 25-Pfennig-Marke tragen das Bildnis Goethes, die 5-Pfennig-Marke das Bildnis Schillers, die vielgebrauchte 10-Pfennig-Marke das Bildnis Friedrichs des Großen, die 15-Pfennig-Marke zeigt den Kopf Kants, die 20-Pfennig-Marke den Beethovens, die 30-Pfennig-Marke trägt das Bild von Lessing, die 40-Pfennig-Marke das von Leibniz, die 50-Pfennig-Marke zeigt Bachs Kopf und die 60-Pfennig-Marke den Kopf von Dürer. Die Marken zu 20 und 80 Pfennig werden etwas später als die übrigen Marken geliefert werden. Der Verkauf der neuen Marken wird erst beginnen, nachdem ihre Ausgabe durch Amtsblatt bekannt gemacht worden ist. Die Uebergabe an die Schalterstellen wird daher zunächst noch unterbleiben.

So die offiziöse Meldung. — Im Kaiserreich führte die Reichspost keine Briefmarken mit Monarchenköpfen. Diesen Fortschritt zu vollziehen, blieb der Republik vorbehalten.

Der Kopf des „Fredericus Rex“ ist heute das Aushängeschild der rechtsradikalen nationalistischen Propaganda. Ist man bei der Reichspost wirklich so naiv, das nicht zu wissen, oder stellt man sich nur so? Hat man jener Propaganda mit Absicht einen Liebesdienst erwiesen, oder denkt man sich überhaupt nichts?

Würde die Fredericus-Marke zur Tatsache, so würden sehr viele Leute statt mit 10-Pfennigmarken (einmal Fredericus) mit zwei 5-Pfennigmarken (zweimal Schiller) frankieren, was eine erhebliche Mehrbelastung besonders der kleineren Postämter zur Folge hätte.

Einstweilen aber ist zu verlangen, daß der Verwaltungsrat gehört wird!

Kommunistischer Wirrwarr.

Krach in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Der Richtungsstreit innerhalb der KPD hat in Württemberg ebenfalls einige niedliche Blüten hervorgebracht. Die württembergischen Kommunisten, die den Ausschluß des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hans Stetter aus der Partei durch die Parteileitung noch immer nicht verdrut haben, müssen Zeugen eines täglich größer werdenden Durcheinanders in ihrem Parteiladen werden. Ein ganz beachtlicher Familienkrach spielt sich augenblicklich in Ehlingen, einer Hochburg der KPD, ab. Dort beherrschen die Kommunisten nicht nur die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sondern auch das Ortsamt der Gewerkschaften. Zwischen dem Parteivorstandenden Schneider und dem Bevollmächtigten Klein des Metallarbeiterverbandes besteht seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis. Schneider ist der Phrasologie der KPD unrettbar verfallen, während sein Kollege Klein sich bemüht, das Existenzminimum an Vernunft zu halten. So kam die Explosion.

Die vom ADVA veranstaltete Werbemove, die den erschreckenden Tiefstand der Ehlinger Gewerkschaftsbewegung so richtig dokumentierte, veranlaßte die Ortsverwaltung Ehlingen des DWA, ein Flugblatt herauszugeben, das unter Verzicht auf alle Phrasen anständig und nüchtern für die Organisation warb. Dieses Flugblatt wurde nun von den Unentwegenen jämmerlich zusammengehauen. Schneider bezeichnete es auf einer improvisierten Stadtdelegiertenkonferenz als reformistische Schweinereien. Die übliche Resolution, die auch im Stuttgarter Kommunistenblätchen abgedruckt wurde, erhob schärfsten Protest gegen dieses Flugblatt, das „einen durch und durch sozialdemokratischen Charakter habe und nicht den Auffassungen der KPD“

entspreche“. Aus der umfangreichen Begründung geht nichts weiter hervor, als daß das Flugblatt lediglich deshalb verworfen wird, weil es kein ausgesprochen kommunistisches Flugblatt ist. Eine von sämtlichen kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern unterzeichnete Erwiderung wurde von der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ einfach nicht aufgenommen.

In der letzten Kartellitzung kam es nun zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den einstigen Freunden in der KPD. Klein und zwei weitere prominente Mitglieder der Partei erklärten ihren Austritt aus der Partei. Demnach dürften die Kommunisten demnächst endgültig ihre Vorherrschaft im DWA verloren haben. Die Entloftung des kommunistischen Kartellvorsitzenden gelang in dieser Sitzung noch nicht; sie dürfte aber ebenfalls in naher Zukunft erfolgen. Die Ehlinger Arbeiterkraft verfolgt mit äußerster Spannung diese Vorgänge. Das Ende vom Lied dürfte sein, daß die Kommunisten auf der ganzen Linie geschlagen werden und einen ihrer stärksten Stützpunkte in Württemberg verlieren.

Ein Antrag der Reichstagsfraktion.

Wilhelm soll bleiben wo er ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Entwurf eines Gesetzes betreffend Aufenthalt der Mitglieder vormals landesherrlicher Familien im Reichsgebiet eingebracht:

§ 1. Mitgliedern solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in einem ehemaligen deutschen Bundesstaat regiert hat, ist von der Reichsregierung das Betreten des Reichsgebiets oder der Aufenthalt darin zu untersagen oder auf bestimmte Teile des Reichs zu beschränken, falls die Besorgnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Im Falle der Zuwiderhandlung sind sie durch Beschluß der Reichsregierung, der mit Gründen zu versehen und dem Betroffenen zugestellt ist, aus dem Reichsgebiet auszuweisen.

Dem ehemaligen Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., wird das Betreten des Reichsgebiets und der Aufenthalt darin untersagt. Für den Fall, daß Wilhelm II. feindliche Unternehmungen gegen das Reich oder den Freistaat Preußen richtet, hat der preussische Staat das Recht, das durch den Vertrag vom 12. Oktober 1925 — 6. Oktober 1926 den Mitgliedern des vormals regierenden preussischen Königshaus zuerkannte Vermögen einzuziehen.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Reichsbahn und Reichsregierung.

Ämtlich wird gemeldet:

Das Reichskabinett hat sich am Freitag abschließend mit der Angelegenheit der Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Generaldirektors der Reichsbahn Dr. Dorpmüller zum Generaldirektor der Reichsbahn beschäftigt. Es prüfte den in Vorschlag gebrachten Entwurf einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn. Die Stellungnahme des Verwaltungsrats der Reichsbahn soll am Sonnabend erfolgen. Je nach dem Ausfall dieser Stellungnahme wird das Reichskabinett seinen Vorschlag dem Reichspräsidenten unterbreiten.

Auf ein Preiswettbewerb der amerikanischen Großindustriellen Edward Hines über den Wiederaufbau Oesterreichs waren mehr als 700 Arbeiten eingegangen. Der erste Preis ist zu gleichen Teilen dem Genossen Dr. B. Kautsky, Sekretär der Arbeiterkammer in Wien, und dem Regierungsrat Dr. A. Kratauer zuerkannt worden.

Befehl bleibt. Horthy hat die Demission nicht angenommen, das Kabinett eines vollständigen Vertrauens versichert und einige vakanten Ministerposten mit Dazupassenden besetzt.

Der geflagelte Reaktionsfeldherr macht einen Selbstmordversuch — in China nämlich. Da soll Marschall Wupeifu, durch den Mißerfolg seines Gegenangriffes auf die Kantontuppen entmutigt, einen Selbstmordversuch unternommen haben.

Auferstehung. Und an den ausländischen Vorbildern rankte sich die deutsche Literatur empor, neben der Musik und der Sprache das einzige, was dieses durch dynastische Eigenliebe auseinandergerissene unglückliche Land zusammenhielt.

Die materiellen und geistigen Interessen flossen zusammen: Der Buchhandel brauchte Illustrationen. Es war damals noch ganz selbstverständlich, daß ein Erzeugnis der schönen Literatur mit Bildern geschmückt wurde, und zwar nicht allein mit Einblattdrucken, sondern auch mit dekorativen Zutaten: Titeltupfern, Bignetten.

Dafür war nun unser wackerer Chodowiecki der rechte Mann. Er ist der Typus des geschmackvollen, stilleren Illustrators. Der eigene Einfall, der hundert Jahre später bei einem Menzel so heroisch, will bei ihm kaum etwas bedeuten. Er hat sich eine gute, tüchtige, zuverlässige Durchschnittstechnik geschaffen, mit der er alles einzufangen wußte, was an ihn herantrat, von Shakespeare, Goethe, Schiller, Bürger und Lessing angefangen bis zu Lavater, Bellert, Hippel, Nicolai und Ifland herunter und bis zu des Jesuiten Blumauers travestierter Kneis. Daneben fand er noch Zeit zu Abstreifen in die Politik: eine Apotheose des Großen Friedrich empfahl ihn bei Hofe, beim Bürgerturn vor allem der „Abschied des Calas von seiner Familie“, ein Stich, mit dem er, angeregt durch eine französische Arbeit, das Opfer pfälzischer Unbuddsamkeit verherrlichte. Der Meister riskierte nichts dabei: auf Voltaires Betreiben war der Prozeß nach Jahren wieder aufgegriffen und der geräderte Calas nachträglich freigesprochen worden.

Ueberhaupt hielt sich Chodowiecki stets in schicklichen und ehrbaren Grenzen. Wenn er eine Tendenz versuchte, etwa die bürgerliche Rückkehr zur Natur, von Rousseau gepredigt, dann sorgte er dafür, daß sie preussisch temperiert wurde. „Natürliche und affektive Handlungen des Lebens“ etwa stellte er einander gegenüber, oder er zeigte „Beschäftigungen der Damen“. Er machte sich dabei wohl über die verrückten französischen Hoartrachten lustig, aber in einer Zeit, als man schon von ihnen abrückte. Mit zwei Folgen von Radierungen, „Leben des Lüderichs“ und „Leben des schlecht erzogenen Frauensimmers“, rückte er in die Nähe des Engländers Hogarth. Und doch bleibt er von der Ungeschminktheit, mit der dieser Satiriker die gesellschaftlichen Zustände seines Jahrhunderts geißelt, meilenweit entfernt. „Unser wackerer Chodowiecki hat manche Szene der Linnatur, der Barbarei und des Abgeschmacks trefflich dargestellt, allein was tat er? Er stellte dem Hoffenswerten lediglich das Liebenswürdige entgegen, Szenen einer gesunden Natur, die sich ruhig entwickelt, einer zweckmäßigen Bildung, eines treuen Ausdauerens, eines gefälligen Strebens nach Wert und Schönheit.“

Besser als mit diesen Goethe'schen Worten läßt sich Chodowieckis Ideal gewiß nicht charakterisieren. Es ist das bürgerliche Ideal auch heute noch, freilich mit einem unverkennbaren Stich ins Epische. Das Ideal war durchaus zweckmäßig; der unermülich fleißige Chodowiecki ist 1801 als Präsident der Berliner Akademie und als sehr wohlhabender Mann gestorben. Wir sehen seine Bedeutung weniger in einer übertragenden künstlerischen Schöpfung, als in einer sanfteren, gefälligen und durchaus christlichen Wiedergabe der Ideen und Bestrebungen des deutschen Bürgertums im Zeitalter der Aufklärung. Seine Schwächen sind die seiner Klasse überhaupt. Hermann Hieber.

Die Kunstsammlungen im Hohenzollern-Vertrag. Der Abschluß des Vergleiches zwischen dem preussischen Staat und dem ehemaligen Königshaus hat dem Kaiser-Friedrich-Museum Berlin einen Anlaß gegeben, beim Kultusminister und Finanzminister vorstellig zu werden. Der Verein, den Wilhelm von Bode leitet, drückt in seiner Eingabe die Genugtuung darüber aus, daß der Vergleich nunmehr der bisherigen Unsicherheit über das Schicksal eines so bedeutenden Kunstbesitzes ein Ende macht. Ehe aber die Auslieferung der bisher nicht ausdrücklich genannten Kunstwerke an das ehemalige Königshaus erfolgt, müßten die berufenen Sachkenner, wie sie in Berlin in den Leitern der staatlichen Kunstsammlungen zur Verfügung stehen, die bisher angelegten Magazine in den Schlössern usw. durchsehen. Nur wenn, was bisher nicht geschehen ist, eine derartige Ueberprüfung des Schloßinhaltes erfolgt, wäre es möglich, den deutschen Kunstbesitz und die deutsche Kultur vor einem schweren Schaden zu bewahren. Dieser Schritt des Museum-Vereins ist durch eine Reihe von Vorkommnissen der letzten Jahre begründet. Komme es doch z. B. geschehen, daß kürzlich Bode ein Hauptwerk niederländischer Landschaftskunst vorgelegt erhielt, das, wie er feststellen konnte, zu der für Berlin erworbenen Sammlung Solty gehörte: ein Bild des Hebeima, das aus Unkenntnis aus einem preussischen Schloße für noch nicht einmal 3000 M. in den Handel gegeben wurde und einen Wert von über einer halben Million darstellt; zum Glück gelang es, den Tausch gegen eine Rußland-Landschaft des Museums zu bewirken. Seit einiger Zeit wird die früher im Neuen Palais befindliche Rubens-Komposition aus seiner Jugend, die Heiligen Gregor und Domitilla, vermisst. Auf den Mißgeschickern des Charlottenburger Schlosses fand Dr. Hermann Bosh ein bedeutendes Werk des Caravaggio. Die Magazine in Schönhausen, Schwedt a. d. O. u. a. bedürfen dringend einer Durchsicht. Wenn Männer vom Range Bodes, von Galle, Friedländer diese Ueberprüfung vornehmen, werden beide Teile vor den empfindlichsten Schädigungen gesichert.

Staatsunterstützung für die bildenden Künstler. Der vom Hauptauschuß des Preussischen Landtages eingeführte Unterausschuß zur Unterstützung der bildenden Künstler und Studierenden beschloß, den bildenden Künstlern zu den im Vorjahre zugeführten 50 000 M. weitere 50 000 M. zur Verfügung zu stellen, und zwar in der Weise, daß 25 000 M. die Werkstätte bildender Künstler und die anderen 25 000 M. der Wirtschaftsverband für Künstler in Berlin erhält.

Der Männerchor „Cere-Blodentlang“ (M. d. K.-S.-B.) veranstaltet am 17. abends 8 Uhr, in der Stadthalle (Klosterstraße) einen Lieder-Abend. Eintritt 50 Pf.

Internationale graphische Ausstellung in Florenz. Am April und Mai nächsten Jahres wird in Florenz die 2. Internationale Ausstellung für moderne Graphik stattfinden. Zugelassen werden alle Originalarbeiten gleichviel welcher Technik. Ausgeschlossen bleiben jedoch alle mechanischen Vervielfältigungen.

Ein großes Kohlenvorkommen in Kanada entdeckt. Millionen Tonnen vorzüglicher Kohle, die den Kohlen in den Vereinigten Staaten überlegen ist, sind jetzt in dem Gebiet des Peace-River in der kanadischen Provinz Alberta entdeckt worden. Nach den Mitteilungen eines Sachverständigen ist dieses neue Kohlenvorkommen das größte in Kanada und der Abbau wird sich mit sehr geringen Kosten bemessen lassen.

Das Urteil im Volksbündnisprozess.

Festungshaft.

Kattowik, 15. Oktober. (Mitt.) Spät abends sprach das Gericht nach mehrtägiger Verhandlung gegen die angeklagten Funktionäre des Deutschen Volksbundes für Oberschlesien folgende Festungshaft aus: Gaußer 2 Jahre, Thomas und Fr. Craft je 1½ Jahre, Mikowski 1 Jahr, Kuffin, Jenger, Smlatek, Stuchlik und Dylang je 6 Monate. Die Angeklagten Urbaius und Kolberg wurden freigesprochen, allen Verurteilten die erstinstanzliche Untersuchungshaft voll angerechnet und Haftbefehle nicht erlassen, so daß alle auf freiem Fuß bleiben.

Tatbestand: Ueber ostoberschlesische Polen, die ihre Einbürgerung bei deutschen Polizeibehörden beantragt haben, wird beim deutschen Generalkonsulat in Kattowik angefragt. Dieses erkundigt sich beim Bistum, der völlerrechtlich zugelassen und verbürgten deutschen Minderheitenorganisation. Zwei Angestellte des Generalkonsulats, Löhner ostoberschlesischer deutscher Eltern, lassen sich mit polnischen Spionageoffizieren ein und verraten ihnen die gar nicht besonders geheimgehaltenen Berichte. Darauf Verhaftung der Volksbündnisleute, Untersuchung und Anklage von Schädigung polnischer Staatsinteressen, obwohl höchstens die Einbürgerungswünsche einzelner Polen nach Deutschland um ihre Erfolgsaussichten gebracht oder darin geschmälert sein konnten. Ein paar ähnlich haltlose Beschuldigungen kommen dazu — aber das auffallend milde Urteil beweist, daß das Gericht die Ueberzeugung gewonnen hat, von dem behaupteten Landesverrat könne gar keine Rede sein.

Und wohl nur, um die Blamage der polnischen Militärpolizei und Staatsanwaltschaft mit dem auf so erbärmliche Weise gewonnenen Anlagematerial nicht gar zu grell anzumalen, diese Verurteilung zu der „ehrenvollen“ Festungshaft.

Die polnische Regierung hätte nun die beste Gelegenheit zu einer nützlichen Geste der Verständigung, indem sie die halbe Verurteilung durch eine ganze Begnadigung erjeht!

Kampf gegen den Mieterschutz.

Freigabe gewerblicher Räume und großer Wohnungen.

Mit der Aufstellung eines neuen Wohnungsbauprogramms für die kommenden Jahre wird im Laufe des November im Reichstag wie in den Landtagen auch das Problem der Wohnungswirtschaft ganz allgemein wieder aufgerollt werden. Daß die Rechtspartheien die Gelegenheit benutzen werden, um die Wohnungszwangswirtschaft nach Kräften abzubauen, liegt auf der Hand. Schon jetzt sind sie dabei, die entsprechenden Anträge zu formulieren. Im Preussischen Landtag haben sich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und auch das Zentrum auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der verlangt, daß die gewerblichen Räume und teureren Wohnungen aus der öffentlichen Bewirtschaftung herausgenommen werden. Gewerbliche Räume, die Teile einer Wohnung bilden, oder nur mit Wohnräumen zusammen vermietet werden können, will man einstweilen noch in der Zwangsbewirtschaftung lassen. Unter „teurerer Wohnung“ versteht man Wohnungen mit einer Friedensmiete von 500 M. an in der Ortsklasse D bis zu 2500 M. und mehr in Berlin.

Der Gedanke, die größeren Wohnungen allmählich aus der Zwangswirtschaft herauszunehmen, womit man in verschiedenen Ländern umgeht, spielt auch bei den für die Wohnungswirtschaft in Preußen maßgebenden Stellen bereits eine Rolle. Für die breite Masse der Mieterschaft ist deshalb höchste Vorsicht dringend notwendig. Mit den teureren Wohnungen hängt man an. Wo aber ist die Grenze? An der Sicherung des Wohnraums der breiten Massen der wertvollen Bevölkerung darf nicht gerüttelt werden, zumal der Mieterschutz schon mehr als genug durchlöchert ist.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

Nach einem Ultimatum der Beamtengewerkschaften.

Wien, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der österreichische Bundeskanzler erklärte am Freitag mittag Vertretern der Bundesangestellten, daß die Regierung über ihr Angebot von 12½ Proz. Erhöhung der Bezüge des Jahres 1924 nicht hinausgehen könne. Darauf hat der Fünfundzwanzigerausschuß der Bundesangestellten beschloffen, der Regierung ein Ultimatum zu stellen, das am Sonnabend mittag abläuft. Sollte die Regierung die Forderungen nicht bewilligen und keine neuen Vorschläge machen, dann wird am Montag morgen um 6 Uhr der allgemeine Beamtenstreik beginnen.

Am Nachmittag wurden die Vertreter der Postangestellten vom Bundeskanzler empfangen. Sie erklärten, daß auch sie die Vorschläge der Regierung für unannehmbar halten. Von einem Ultimatum sahen sie allerdings ab. Der Bundeskanzler gab zur Antwort, daß für ihn die Angelegenheit erledigt sei, da die Regierung noch im Laufe des Freitags zurücktreten werde. Es scheint in der Tat, daß das Kabinett Ramel die Gelegenheit benutzen will, vor den zahlreichen politischen Schwierigkeiten die Flucht zu ergreifen und ihre Lösung dem nachfolgenden Kabinett, an dessen Spitze wieder Dr. Seipel stehen soll, überlassen will.

Wien, 15. Oktober. (Mitt.) Wie verlautet, ist das Kabinett Ramel wegen der Unmöglichkeit, die Beamtenforderungen zu erfüllen, und angeichts der Unnachgiebigkeit des Fünfundzwanzigerausschusses und der Technischen Union zurückgetreten.

Wien, 15. Oktober. (Mitt.) Der Beschluß der Bundesangestellten, der unmittelbar zur Demission der Regierung Anlaß gab, besagt, daß im Falle die Regierung nicht bis Sonnabend mittag 12 Uhr ihren Standpunkt ändern sollte, die Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden müssen, und daß die Bundesangestellten dann die gewerkschaftlichen Konsequenzen ziehen würden. Die Postbeamten haben beschloffen, nicht in den Streik zu treten, sondern mit der neuen Regierung die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der Nationalrat wurde für Dienstag nachmittag einberufen.

Internationaler Finanztrust.

Unter englischer Führung.

Woff-Bureau teilt mit: Wie wir hören, wird demnächst die Gründung eines internationalen Finanztrusts erfolgen. Die Verhandlungen stehen unter der Führung des Bankhauses J. Henry Schroeder u. Co., London. An ihnen sollen u. a. nachstehende Bankinstitute bzw. Bankfirmen beteiligt sein: England, Bankhaus J. Schroeder u. Co., Amerika, Blyth Witter and Co. und Schroeder banking corporation, New York, Frankreich,

Für Geistesfreiheit.

Gegen das Schund-Gesetz! — Ein Warnruf in letzter Stunde.

Gegen das dem Reichstag vorliegende „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“, das in seiner Auswirkung geeignet ist, dem freien künstlerischen Schaffen Fesseln anzulegen, hat eine große Reihe von Verbänden und Einzelpersonen sich zusammengetan. Sie haben die nachfolgende Eingabe an die Reichsregierung und den Reichstag gerichtet:

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften ist geeignet, ernste Bedenken der Künstler, der Schriftsteller, Verleger und Buchhändler, sowie aller Vertreter der geistigen Berufe zu erwecken, um so mehr, als durch die beiden Ausschüsse, die der Entwurf inzwischen erfahren hat, ihm keineswegs seine Härten und Zweideutigkeiten genommen worden sind, er vielmehr noch Verschlechterungen erfahren hat.

Gegen ein Gesetz, das sich darauf beschränkt, den von ihm genannten Zweck zu erfüllen, würde kein Verständiger etwas einzuwenden haben. Jedermann möchte dem Unrat den Weg zur Jugend verschließen. Der vorliegende Gesetzentwurf jedoch gestattet, ja

funktioniert jede Willkür.

die statt die Jugend zu schützen, aus Kurzsichtigkeit oder gar mit Vorbedacht das geistige und künstlerische Schaffen einengen möchte.

Bedenklich ist bereits, daß, da eine Definition dessen, was Schund und Schmutz ist, nicht gegeben werden kann, das eigene Ermessen der Beurteilenden maßgebend sein wird, bedenklicher ist die Organisation und die Zusammenlegung der Prüfstellen, durch deren Votum Druckschriften auf einen ihren Vertrieb unter Strafe stellenden Anzeg kommen sollen.

Es wäre das Gegebene gewesen, eine Reichsprüfungsstelle einzurichten; statt dessen sollen die Länder dieses Recht erhalten. Da aber jedes Landesverbot für das gesamte Reichsgebiet Geltung haben soll, wird

das rückständigste Land zum Maßstab für ganz Deutschland werden.

Diese Prüfungsstellen der Länder werden durch wählbare Vertreter der Kunst und Literatur, des Buch- und Kunsthandels, der Jugendwohlfahrt und der Jugendorganisationen, der Lehrerschaft und Volksbildungsorganisationen besetzt, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der kirchlichen Behörden in allen Gruppen. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß sämtliche unter einem beamteten Vorsitzenden wirkende sechs Sachverständige geistlichen Standes sind. Es bedarf kaum eines Hinweises, daß solche Einseitigkeit der geistigen Struktur Deutschlands nicht entspricht; nicht grundlos und nicht ohne geschichtliche Erfahrung wird man solcher geistlichen Inderpolitik, deren Anfang bescheiden, deren Entwicklung unübersehbar sein kann, mit größtem Bedenken gegenüberstehen.

Beunruhigend ist ferner, daß diese Prüfungsstellen nicht einstimmig, sondern bereits mit qualifizierter Mehrheit eine Druckschrift dem Anzeg überweisen können. Für alle Prüfungsstellen, zum mindesten aber für die Oberprüfstelle, die als Berufungsinstanz gilt, ist Einstimmigkeit des verurteilenden Spruches zu fordern.

In richtiger Erkenntnis der durch das Gesetz ermöglichten Willkür wird bestimmt, daß eine Schrift wegen ihrer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder weltanschaulichen Tendenz „als solcher“ nicht auf die Liste gesetzt werden darf. Das eingeschaltete „als solcher“ wirkt

kaufschulartig und gestattet jeden Hebergriff.

Eine außerordentliche Gefahr aber bedeutet die Bestimmung, daß periodische Druckschriften, wenn innerhalb Jahresfrist zwei Nummern auf die Liste kommen, für 3 bis 12 Monate auf die Liste gesetzt werden und so von jeglichem Vertrieb ausgeschlossen werden können. Diese Bestimmung kann sich als eine Abdrosselung angelegener Zeitschriften auswirken.

Banque de l'Union Parisienne, Belgien, Société Generale de Belgique, Holland, Lippmann, Rosenthal u. Co., Amsterdam, Schweiz, Schweizerische Kreditanstalt, Zürich, Tschechoslowakei, Böhmische Unionbank, Prag, Desterreich, Desterreichische Bodenkreditanstalt, Wien, Schweden, Stockholms Enskilda Bank. Für Deutschland ist als alleinige Firma die Dresdner Bank beteiligt, die die Alleinvertretung des Trusts in Deutschland übernehmen wird.

Zweck des Unternehmens ist die Finanzierung internationaler Geschäfte und Gewährung langfristiger Kredite. Die Höhe des Kapitals steht noch nicht fest.

Einfährige Dienstzeit in Frankreich.

Beschlüsse des Obersten Kriegsrats.

Paris, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der oberste französische Kriegsrat ist am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammengetreten, um dem Painlevéschen Gesetzentwurf der Heeresreform, die die Verkürzung der Militärdienstpflicht auf die Dauer von einem Jahre vorzubereiten bestimmt ist, zu prüfen. (Vor Kriegsausbruch bestand die dreijährige Dienstzeit, die nach Friedensschluß zuerst auf zwei Jahre, sodann auf 18 Monate herabgesetzt worden ist. Red. d. „B.“) Der Painlevésche Gesetzentwurf sieht u. a. die Herabsetzung der Effektstärke des stehenden Heeres auf 20 Divisionen (bisher 32 Divisionen) vor.

Das Schuldenabkommen Mellon-Berenger.

Regierung Poincaré theoretisch dafür — aber praktisch?

Paris, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurde offiziell bestätigt, daß das Kabinett sich grundsätzlich für die Anerkennung des Washingtoner Vertrages ausgesprochen, aber noch keinen Beschluß über den Zeitpunkt der Ratifizierung gefaßt hat. Da die Kammer in den nächsten Wochen mit der Beratung des Budgets, der Verwaltungsreform und der Regierungsbekrete mehr als ausreichend beschäftigt sei, würde sie ohnedies kaum Zeit zur Diskussion der Schuldenfrage finden. Aus alledem geht hervor, daß Poincaré im Gegenzug zu seinen noch in den vorigen Wochen abgegebenen Erklärungen heute nicht mehr daran denkt, das Ratifikationsgesetz noch in diesem Jahre vor das Parlament zu bringen, nachdem er sich endgültig davon überzeugt hat, daß dort auch nicht die geringste Aussicht für seine Annahme besteht und er demgemäß ganz unnütz die Effizienz des Kabinetts aufs Spiel setzen würde.

Die unterzeichneten Verbände sind verpflichtet, nicht nur die Interessen des freien geistigen Schaffens, auch die des Wirtschaftslebens ihrer Mitglieder, tausender Künstler und Schriftsteller, wahrzunehmen. Das geplante Gesetz kann, zum mindesten bei mißbräuchlicher Anwendung, eine außerordentliche Belästigung, ja eine Vernichtung dieses Schaffens bewirken. Die unterzeichneten Verbände müssen darum, wenn das Gesetz überhaupt zustandekommen sollte, auf eine Beseitigung der untragbaren Bestimmungen und auf Einführung der erforderlichen Sicherungen dringen. Diese Sicherungen sind:

Reichsprüfungsstelle an Stelle der Landesprüfungsstellen, Einstimmigkeit der Entscheidung, Beseitigung des Vorrechtes der Vertreter der Kirchen und Auswohl der Sachverständigen durch die Organisationsstellen, nicht durch die Behörden, Herauslassen der periodischen Druckschriften.

Diese Eingabe ist unterzeichnet von folgenden Verbänden: Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFA-Bund), Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeiter-Turn- und Sportbund, Berliner Seceffion, Berliner Volksbühne E. B., Börsenverein der deutschen Buchhändler, Bund deutscher Gebrauchsgraphiker, Bund verschiedener Schulreformer, Deutsche Buchhändlergilde, Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Deutscher Monistenbund, Deutscher Verlegerverein, Genossenschaft Deutscher Bühnengedehöriger, Die Novembergruppe Berlin, Die Abstrakten, Berlin, Freie Vereinigung der Graphiker in Berlin, Goethebund und Verband Berliner Theaterkritiker, Goethebund in Königsberg i. Pr., Künstlerbund Düsseldorf, Künstlerbund Karlsruhe, Künstlerbund Schlesien, Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands, Lessinghochschule Berlin, Schulerband Deutscher Schriftsteller und Verband der Kunstkritiker, Sozialistischer Kulturbund, Verband der deutschen Volksbühnenvereine E. B., Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands, Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, Verband Deutscher Erzähler, Verein „Berliner Presse“, Verein der Düsseldorfser Künstler z. g. u. h., Verein deutscher Buchhändler, Verein deutscher Zeitschriftenverleger, Verein Düsseldorfser Künstler 1901, Vereinigung der Kunstverleger E. B.

Der Eingabe der Verbände hat sich eine große Reihe bekannter Persönlichkeiten angeschlossen von denen wir folgende nennen:

Lou Andreas-Salome, Julius Bab, Hans Baluschek, Georg Bernhard, Professor Dr. Oskar Bis, Wilhelm Bölsche, Karl Bude, Prof. Heinrich Cunow, Dr. Max Dert, Prof. A. Einstein, Dr. Arthur Eioffler, Dr. Hanns Martin Eister, Herbert Eulenberg, Otto Flake, Prof. Dr. G. Friß (Direktor der Berliner Stadtbibliothek), Prof. Dr. Th. von Gosen, Dr. Otto Grautoff, Walter Gropius-Dessau, Dr. Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Dr. Wilhelm Hausenstein, Wolfgang Heine, Karl Hendell, Herrmann-Breslau (M. d. L.), Hermann Hesse, Dr. Kurt Hiller, Felix Hollaender, Arno Holz, Ricarda Huch, Dr. Monty Jacobs, Leopold Jechner, Georg Kaiser, Prof. Dr. h. c. Arthur Kampf, Friedrich Kayhler, Bernhard Keller mann, Prof. Dr. Max Kemmerich, Alfred Kerr, Prof. Dr. Alfred Klaar, Klabund, Käthe Kollwig, Max Kreger, Ernst Lemmer (M. d. R.), Prof. Dr. Theodor Lessing, Dr. h. c. Max Liebermann (Präsident der preussischen Akademie der Künste), Paul Löbe (Reichstagspräsident), Heinrich Mann, Thomas Mann, Gustav Meyrink, Jul. Meier-Graefe, Agnes Miegel, Pastor Lic. theol. Roering (M. d. L.), Walter von Roßo, Alexander Roszkowski, Prof. Franz Oppenheimer, Dr. Max Osborn, Alfons Paquet, Prof. Dr. Gustav Radbruch (Reichsjustizminister a. D.), Prof. Dr. Julius Schögel-Jeno, Wilhelm Schmidibonn, Wilhelm von Scholz, Prof. Anna Siemsen, Prof. Dr. Singheimer, Max Slevogt, Prof. Dr. Friß Strich-München, Prof. Franz von Stud, Hermann Sudermann, Ernst Toller, Clara Viebig, Jakob Wassermann, Hermann Wendel, Paul Westheim und viele andere.

Der Kongress von Bordeaux.

Um Herriots Nachfolger.

Paris, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Freitagmorgens Sitzung des radikalen und radikalsozialistischen Parteitags bot keine Ueberraschungen. Es fanden lediglich Fragen der inneren Organisation zur Diskussion. Beschlossen wurde u. a., den Beitrag der Fraktionsmitglieder zur Parteitasse von 200 auf 500 Franken zu erhöhen und dafür den Mindestbeitrag für gewöhnliche Mitglieder auf einen Franken herabzusetzen. Am Nachmittag wurde die am Donnerstag begonnene Auseinandersetzung über die innere Politik wieder aufgenommen. Die Frage der Nachfolgerschaft Herriots ist immer noch ungeklärt. Neue Versuche, Sarraut zu bestimmen, den Vorsitz der Partei zu übernehmen, sind ebenso ergebnislos verlaufen wie alle früheren. Der Abgeordnete Malon, der am Donnerstag noch als aussichtsreichster Kandidat genannt wurde, hat stark an Aussichten verloren. Der linke Flügel der Partei lehnt ihn glatt ab, da er in ihm lediglich einen Strohmann Caillaux sieht.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Zusammenstoße mit der Polizei. — 12 Personen verletzt.

London, 15. Oktober. (Mitt.) Mehrere hundert streikende Bergarbeiter überfielen die Grubenanlagen im Aontal in der Grafschaft Glamorgan. Die Polizei griff ein, um die Menge zu zerstreuen. Zwölf Personen, darunter ein Polizeibeamter, wurden ernstlich verletzt.

Die Internationale der Standesbeamten. In Bern findet Ende Oktober ein Kongress zur Gründung einer internationalen Vereinigung der Zivilstandesbeamten statt. Es ist von den Standesbeamtenorganisationen und führenden Fachmännern auf dem Gebiet des Ehe- und Kinderrechts in Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland einberufen. Der Reichsbund der Standesbeamten Deutschlands, der sämtliche Provinzial- und Landesverbände der Standesbeamten umfaßt, hat sich ebenfalls für das Zustandekommen der Vereinigung eingesetzt.

Die polnische Chorjom-Anwortnote wird, so meldet man uns aus Warschau, völlig negativ ausfallen und höchstens Wiederaufnahme der Verhandlungen vorschlagen.

Der Flugplatz Merzbrück im Landkreis Wachen ist von der Besatzung geräumt worden. Das dort stationierte belgische Maschinen-gewehr-Bataillon ist nach Wachen abgerückt. Der Flugplatz selbst ist jedoch bisher für deutsche Flugzeuge noch nicht freigegeben.

Die Unternehmer auf Schleichwegen.

Wie die Arbeiter eingefangen werden sollen.

In der Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB am Donnerstag im Gewerkschaftshaus referierte Genosse Friede von der Berliner Gewerkschaftsschule über „Die neuesten Methoden des Unternehmertums im Kampf gegen die Gewerkschaften“. Friede behandelte dieses interessante Thema schon im letzten Vierteljahreshft der Gewerkschaftsschule unter dem Titel „Sie fuchen die Seele“.

Es war ihm im Rahmen eines Vortrages natürlich nicht möglich, die neue „psychologische“ Arbeiterpolitik der Unternehmer eingehend zu beleuchten. Diese neue Arbeiterpolitik basiert auf dem Gedanken der „Werksgemeinschaft“. Diese Werksgemeinschaften sind nicht an sich ein neues Mittel der Unternehmer zur Bekämpfung der Gewerkschaften, in der Form, wie sie jetzt im großen Maßstabe über das gesamte Reichsgebiet aufgezogen werden sollen, sind sie aber bestimmt neu. Neu ist jedenfalls die Methode der Unternehmer, sich einen in die Augen springenden sozialpolitischen und unethischen Anstrich zu geben, trotzdem aber in der Sozialpolitik reaktionärer als bisher zu werden.

Die Unternehmer haben längst eingesehen, daß sie mit ihren Werksgemeinschaften bei den organisierten Arbeitern keinen Anklang finden. Sie verlegen sich jetzt darauf,

die Anorganisierten einzufangen.

Die Sportvereine, Musikvereine, Regal- und Schachklubs u. dgl. allein ziehen nicht mehr, weil ihr Zweck von den Arbeitern zu schnell erkannt wird.

Der Sozialsekretär der Pech- und Walzwerks-Aktien-Gesellschaft Reichholz, Joseph Winkler, schrieb im Jahre 1921 ein Buch „Praktische Wertspolitik“, das leider von den Gewerkschaften viel zu wenig, von den Unternehmern desto mehr beachtet wurde. Die in diesem Buche vorgeschlagene planmäßige und bewußte Politik der Wertleistungen und seelische Einflußnahme auf die Arbeiter wird heute in vielen Betrieben in die Praxis umgesetzt. Die Unternehmer haben am 24. Mai 1925 in Düsseldorf ein großes Institut eingerichtet, das sich „Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung“ (Dinta) nennt, das Werks- und Arbeitspolitiker ausbildet und diese dann auf die Industrien verteilt. Diesen in die Industrien gefandenen „Sozialsekretären“, die sich den Arbeitern und Angestellten gegenüber als die wohlwollendsten Menschen aufspielen, obliegt die planmäßige Propagierung der Wertsgemeinschaftsidee und Organisation der Wertsgemeinschaften. Der Redner führte einige Beispiele an, wie man nicht nur die Lehrlinge in besonderen Lehrstufen, Werkstätten und Vereinen an das Werk fesseln und dem Einfluß der Gewerkschaften entziehen will, sondern auch die älteren Arbeiter durch Wertleistungen, Alters- und Invalidenheime, Kinderbewahranstalten usw. Doch nebenher noch die Heranziehung von Betriebspfeilern läuft, versteht sich am Rande.

Diese ganzen Bestrebungen laufen auf eine völlige

Umerziehung der Arbeiterschaft

besonders der den Gewerkschaften noch fernstehenden hinaus. Jedenfalls darf die Gefahr, die den Gewerkschaften von dieser Seite droht, nicht unterschätzt werden. Konnte doch das Dinta-Institut nach einjährigem Bestehen berichten, 25 Ingenieure und 12 Meister ausgebildet zu haben und bereits 40 Wertleistungen mit einer Auflage von 230 000 Exemplaren herauszugeben.

Der Redner machte dann noch auf die „Deutsche Volkshochschule“ in Treptow aufmerksam, die allerdings weniger gefährlich als das Dinta-Institut ist, immerhin aber nicht unbeachtet bleiben darf. Er betonte, daß eine wirksame Abwehr gegen diese nicht ungefährlichen und noch verhältnismäßig wenig bekannten Bestrebungen der Unternehmer nur möglich sei, wenn man die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben mehr auf diese Gefahren aufmerksam mache und überhaupt mehr Wert auf einen geschulten Funktionärkörper lege. Die Funktionäre müssen die Gefahr im Betriebe rechtzeitig erkennen können und in der Lage sein, ihr dadurch begegnen können, daß sie in den Betrieben sind, die Belegschaften von der Schädlichkeit solcher wertsgemeinschaftlichen Einrichtungen zu überzeugen. Die Gewerkschaften werden auch durch diese Maßnahmen der Unternehmer nicht zerlegt werden, wenn sie ein wachsameres Auge behalten.

Die Ausführungen des Referenten fanden die vollste Zustimmung der Versammlung. In der Aussprache wurden diese Ausführungen noch durch Beispiele aus der Praxis erhärtet. Die übliche kommunistische Resolution, die von einem Funktionär des Schuhmacherverbandes eingebracht wurde, verfiel gegen wenige Stimmen der Ablehnung.

Um den Schiedspruch im Bankgewerbe.

Vor einem Einigungsversuch?

Die Entscheidung über den Schiedspruch im Bankgewerbe wird erst Ende der Woche fallen, da der Reichsarbeitsminister zurecht in Nürnberg weilte. Als Ausweg aus der durch die Hartnäckigkeit der Bankleitungen komplizierten Situation gibt es drei Möglichkeiten: Verbindlichkeitsklärung, die von den Banken beantragt worden ist, neue Verhandlungen oder ein Einigungsversuch. Wahrscheinlich wird man einen Einigungsversuch machen.

Eine Verbindlichkeitsklärung ist ein Ding der Unmöglichkeit; denn der Schiedspruch ist für die Arbeitnehmer einfach unerkennbar. Auch würde das Reichsarbeitsministerium mit einer Verbindlichkeitsklärung, die das Ueberstehen und Wesen bei den Banken neu stützen würde, sich selbst ins Gesicht schlagen; denn das Ministerium hat schließlich nicht für die Rüge ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt und die Einbringung des Arbeitsschutzgesetzes für die „allernächste Zeit“ beantragt. Allerdings siehe Hamburg.

Das Internationale Arbeitsamt.

Und die Verfolgungen in Italien.

Genf, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beendete am Freitag in zwei Sitzungen seine Beratung des Tätigkeitsberichts des Direktors Albert Thomas. Eine längere Diskussion entstand über die Frage der Einberufung der paritätischen Kommission auf Anfang des nächsten Jahres, da der englische Regierungsvertreter sich alle Mühe gab, eine Hinausschiebung des Termins zu erzielen.

Der Bericht über die Veröffentlichungen des Amtes und die Vorlagen für die nächste Arbeitssitzung vor dem Genossen Jouhaux Anlaß, Albert Thomas aufzufordern, in dem Bericht über die Koalitionsfreiheit auch eine Darstellung der jüngsten Arbeiterdeportationen aus Romella, dem Zentrum der landwirtschaftlichen Genossenschaften Italiens, zu geben. Jouhaux gab dabei eine eingehende Schilderung der rücksichtslosen Verfolgungen durch das faschistische Regime, denen die sozialistisch organisierte Arbeiterschaft Romellas ausgesetzt ist. Natürlich ver-

suchte der italienische Regierungsvertreter die Darlegungen Jouhaux als unrichtig darzustellen oder abzuweichen. Das bemog den großen italienischen Genossen D'Aragnona, das Wort zu ergreifen, um die Darlegungen Jouhaux als der Wahrheit entsprechend zu bestätigen und die Verfolgungen der Arbeiter Romellas als unmenschlich zu bezeichnen.

Aus den weiteren Beratungen sei noch erwähnt, daß die vor einem Jahre begonnene Untersuchung des Arbeitsamtes über den Stand der Kohlenindustrie nach den Wünschen verschiedener Arbeiterführer beschleunigt werden soll. Die Schuld für die Verzögerung soll bei einigen Regierungen liegen. Mit größter Bemühen wurde davon Kenntnis genommen, daß das Internationale Arbeitsamt während des letzten Sommers von nicht weniger als 6000 Nordamerikanern besucht worden ist.

Reichsbahnpolitik.

Gegen erhöhte Mietzuschüsse.

Neue Mieterhöhungen werden aus Regierungskreisen angefündigt und zu gleicher Zeit bringen es die maßgebenden Stellen fertig, die Forderungen der Beamtenschaft auf Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Wir haben heute in verschiedenen Ländern bereits eine Steigerung der Mieten über 100 Proz.; stellenweise geht diese Steigerung bis zu 110 und mehr Prozent. Der Reichsfinanzminister war nicht abgeneigt, für die Beamtenschaft dieser Steigerung durch Erhöhung der Zuschüsse Rechnung zu tragen. Die Ermächtigung dazu hat er. Auch der Staatssekretär Dr. Poppiß ließ gegenüber sozialdemokratischen Beamtensprechern deutlich durchblicken, daß ab 1. Oktober eine Zuschlagserhöhung kommen werde.

Aber das Reichsfinanzministerium denkt und die Reichsbahn-Gesellschaft lenkt. Sie erlaubt nicht, daß der Reichsfinanzminister seinen Zusagen und Versprechungen nachkommt. Die Reichsbahnverwaltung malte den Teufel der Tarifierhöhung an die Wand und erklärte, sie könne angesichts ihrer Finanzlage nicht mitleiden. Dabei haben sich die Beschäftigungsziffern der Reichsbahnverwaltung in der letzten Zeit beträchtlich gehoben. Die Zubeute an die Beamten in Höhe von 3,50 M. — soviel käme bei der in Aussicht gestellten Erhöhung im Durchschnitt auf die große Masse der Beamtenschaft — soll nach der Darstellung der Reichsbahn-Gesellschaft ungünstige Rückwirkungen auf die Entwicklung der Tarife haben.

Ist das der neue Kurs, den Herr Dormüller in der Personal- und Befolgungspolitik einzuschlagen gedenkt? Der Allgemeine Deutsche Beamtensbund hat bereits die erforderlichen Schritte zur Intervention beim Reichstag getan. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Abg. Steinkopf diesen Versuch, die Beamten in der Wohnungsgeldfrage an der Nase herumzuführen, im Reichstag zur Sprache bringen.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Dritter Verhandlungstag.

In der Nachmittags-Sitzung vom Mittwoch wurden die Anträge der H.B., die das Ausschlußverfahren auf eine neue Grundlage stellen, sowie der Antrag 6, der für Doppelbeschäftigte als Mindestbeitrag die zweite Klasse festsetzt, angenommen. Ebenfalls der Antrag 15 der Berliner, der eine neue Beitragsklasse für einen Wochenlohn von 30 bis 35 Mark schafft. Der nächste Verhandlungstag soll laut Antrag Berlin in der ersten Hälfte des Jahres 1929 stattfinden, und als Delegierte sollen nur Mitglieder wählbar sein, die mindestens zwei Jahre der Organisation angehören. Bei Punkt Presse wird beschlossen, eine Jugendbeilage einzuführen, während eine besondere Frauenbeilage abgelehnt wird, da die Gewerkschaftsbeilage für die Frauen auf Wunsch den Zuschüssen zur Verfügung steht.

In der Sitzung vom Donnerstag wurden die Anträge verhandelt, die den Vorstand und seine Organe betreffen. Unter Zurückziehung zahlreicher Anträge wird ein Kompromiß Berlin-München-Hamburg-Frankfurt a. M. zur Beratung gestellt. Es gelang nach lebhafter Debatte zur Annahme und bestimmt im wesentlichen folgendes: Der Hauptvorstand wird nur noch aus besoldeten Angestellten bestehen. Die bisherigen ehrenamtlichen Mitglieder fallen aus. Der Beirat wird zu einer Legislative ausgebildet und seine Mitglieder vom Verbandstag gewählt. Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Beschlässe der H.B. zu überwachen, in bezug auf ihre statistische Zulässigkeit. Außerdem wird beschlossen, eine großzügige Agitation unter den weiblichen Berufskollegen zu veranstalten.

In der Nachmittags-Sitzung spricht Riemann vom Hauptvorstand zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Lohn- und Lohnpolitik.“

Nach einer sehr lebhaften Aussprache gelangt eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt:

„Der Verbandstag stellt fest, daß die gastwirtschaftlichen Unternehmer die derzeitige Wirtschaftskrise und die damit zusammenhängende, zum erheblichen Teil oder auch selbstverschuldet, teilweise unangünstige Geschäftslage benutzen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz allgemein zu verschlechtern.“

Außerordentlich bedauerlich ist, daß die Schlichtungsbehörden, mit sehr wenigen Ausnahmen, den Arbeitgebern in ihrem Bestreben, die soziale Lage der Arbeitnehmer zu verschlechtern, behilflich sind.

Demgegenüber erklärt der Verbandstag aufs neue, daß er die Durchführung der festen auskömmlichen Entlohnung für alle Arbeitnehmer im Gastwirtsgeerbe als eine der Hauptaufgaben des Verbandes betrachtet, und daß jede Gelegenheit benutzt werden muß, um dieses Ziel zu erreichen. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zunächst jeder Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegen zu wirken, und soweit das Projektionsfeld in Betracht kommt, jedwede Abzüge zu verhindern und für ausreichende Garantielöhne einzutreten.“

Kundgebung der Post- und Telegraphenbeamten.

Im Rahmen seines 15. Verbandstages hielt Dienstagabend der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten eine imposante Kundgebung ab. Nach Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden Kugler, der auf die Bedeutung der Reichspost für die deutsche Wirtschaft hinwies, und die trostlose Lage der unteren Gruppen der Reichspost freilich, sprach Ministerialdirektor Dr. Fall über „Das Berufsbeamtentum in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“.

Bis in die letzten Tage des Krieges war die Bindung des Beamten zum Obrigkeitstaft fast unlosbar. Die Kennzeichnung des deutschen Berufsbeamten ist seine treue und aufopferungsvolle Hingabe für den neuen Staat. Eine Reihe wichtiger Fragen wird der Reichstag zu lösen haben. Dazu kommen Interpellationen über die

Umgestaltung des Reichsfinanzministeriums. Das Beamtenrecht bedürfte einer verfassungsändernde Mehrheit. Die Eingliederung der Dienststrafordnung bedeute eine einheitliche Handhabung, die ein anerkennungswürdiger Fortschritt wäre. Vom Standpunkt geschulter Verwaltungspolitiker behandelt der Redner die verschiedensten, die Öffentlichkeit und die Beamtenschaft interessierenden Fragen und zeigt, wie im Sinne eines modernen Rechtszustandes die umstrittenen Fragen gelöst werden können. Die Frage, ob ein Beamter weiter Beamter sein darf, muß Sache des Disziplinarrichters, nicht des ordentlichen Richters sein. Uebergehend zur Besoldung bemerkt Dr. Fall, daß eine Besoldung von 96 bis 129 M. in Gruppe IV als zu niedrig bezeichnet werden muß. Mit einem Rück- und Ausblick über Fragen der Fortbildung und des Aufstiegs schließt Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag.

Sodann sprach das Mitglied des Verwaltungsrates der Reichspost Dr. Grünfeld über „die Bedeutung der Deutschen Reichspost für die Wirtschaft“.

Generalversammlung der Sattler.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeullier hatte am Donnerstag im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Quartalsgeneralversammlung. Den Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal gab der Genosse Heintich. In der Mitgliederbewegung zeigt sich ein geringer Rückgang von 4309 am Schluß des zweiten Quartals auf 4113 zu Ende des dritten Quartals, also um 196 Mitglieder, der auf die eingetretene Beitragserhöhung zurückzuführen ist. Ein geringer vorübergehender Mitgliederrückgang ist bei jeder Beitragserhöhung zu erwarten. Zu Anfang des vierten Quartals sind schon eine Anzahl neue Mitglieder aufgenommen, was nicht zuletzt als ein Erfolg der Werbemaße bezeichnet werden kann.

Der Markenumsatz wich nur unerheblich von dem des vorigen Quartals ab. Es wurden pro Mitglied im dritten Quartal 74 Geldmarken gegen 76 im zweiten Quartal entnommen. Trotzdem im vorigen Quartal viele Arbeitslose ausgestellt waren, wurden auch in diesem Quartal wieder 6328 M. Arbeitslosenunterstützung gezahlt, ein Beweis für die Situation der Arbeitskräfte in den Betrieben. An Notfallunterstützung wurden an 24 Mitglieder 570 M. gezahlt. Außerdem wurden an die Hauptkasse 13 600 M. abgeführt. Trotzdem auch noch für die Werbemaße 500 M. verausgabt wurden, hatte die Kasse einen Ueberschuß von 3081 M.

Nach der einstimmig erteilten Entlastung des Kassierers hielt Genosse Ruben einen längeren Vortrag über die „Arbeitsgerichtsbarkeit“. Nach einer kurzen Aussprache wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Entschließung einstimmig angenommen, in der der Gesetzentwurf entschieden abgelehnt, und die politischen Parteien und Epochenorganisationen aufgefordert werden, einen eigenen Entwurf auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, der dem proletarischen Empfinden mehr Rechnung trägt als der vorliegende.

Nachdem sich die Versammlung etwa zur Hälfte geleert hatte, wurde der übliche kommunistische Antrag auf Entsendung von Delegierten zu dem „Kongress der Werttätigen“ eingebracht. Die Versammlung lehnte den Antrag ab, gab aber eine platonische Sympathieerklärung zu ab.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Das Unterrichtsverzeichnis enthält einen irreführenden Druckfehler. Unter der Rubrik „Die Arbeitsstätten der Berliner Gewerkschaftsschule“ steht dort: „Kurs C12 findet im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstr. 28, statt.“ Um Irrtümer zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß der Kurs C12 Arbeitsstätten für Anfänger im Sophien-Anzeum, Weinmeisterstr. 16/17, am Dienstag, den 19. Oktober, weitergeführt wird. Im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstr. 28, wird lediglich das Sozialpolitische Seminar, Leitung Dr. Marx, abgehalten.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Neue Streikmaßnahmen.

London, 15. Oktober. (WZB.) Auf Grund der Abstimmung in den Bezirken zugunsten einer Verschärfung des Kampfes hat die Exekutive des Bergarbeiterverbandes die dem Parlament angehörenden Bergarbeitervertreter aufgefordert, in Mittelengland, wo die Wiederaufnahme der Arbeit in großem Umfang erfolgt ist, Versammlungen abzuhalten. Die Exekutive hat den Generalsekretär des Gewerkschaftskongresses aufgefordert, eine besondere Sitzung abzuhalten, in der über eine Einfuhrsperre gegenüber ausländischer Kohle und über eine Abgabe zur finanziellen Unterstützung der Streikenden beraten werden soll. Die Exekutive beabsichtigt außerdem Vorstellungen bei der Organisation der Sicherheitsmannschaften der Gruben zu erheben. Wie verlautet, haben mehrere Gewerkschaftsführer die Einfuhrsperre und die Abgabe bereits als unmöglich bezeichnet.

Einschränkung der Kohlenausfuhr.

Essen, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Kohlenyndikat und das Kohlentor haben infolge der zunehmenden Kohlenknappheit den Kohlenverkehr nach Rotterdam und Antwerpen eingeschränkt. Von Rammheim aus werden nur noch Steinkohlenbricks verladen.

Kohlenmangel in Frankreich.

Bordeaux, 15. Oktober. (EP.) Ähnlich wie in Orient, macht sich nun auch in Larochele der Kohlenmangel bei den Rüstungszweigen bemerkbar. In Orient sind die Schiffe von 70 Eigentümern infolge des Kohlenmangels voraussichtlich in den nächsten Tagen gezwungen, ihre Fahrt einzustellen.

Achtung, Zimmerer! Die Baustelle in Zehlendorf-Mitte, Straße 101 bis 103, an der Eisenbahnstraße, der Firma Industriebau K.G., Berlin, Schiffsbauerdamm 26, — der Dachverband wird hergestellt auf dem Werkplatz in Lektow — ist gesperrt. Die Firma verlangt von den dort beschäftigten Zimmerern, die Arbeiten in Lektow auszuführen. Die Kameraden haben dies abgelehnt. Kameraden, übt Solidarität mit den Streikenden; meidet die Baustelle.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zehlfeld Berlin und Umgegend.

Gewerkschaft Deutscher Volksticker und -Ihrerinnen, Berlin. Sitzung Montag, 15. Oktober, 8 Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 10. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Berichte über Paris und Wien. 3. Bericht von der Bundeskonferenz des ADGB.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: A. Kleinert; Revolution: R. S. Döhrer; Soziales und Sonstiges: Rein Ruchardt; Kassel: R. S. Döhrer; Berlin: Verlags: Vorwärts, Berlin, G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Post-Str. u. G., Berlin, G. m. b. H., Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen und „Unterstützung und Wissen“.



In jeder Küche sind MAGGI'S Suppen-Würfel geschätzt, weil man daraus auf einfachste Weise schnell und bequem nahrhafte, wohlschmeckende Suppen herstellt. Mehr als 20 Sorten. — 1 Würfel gibt 2 Teller Suppe und kostet nur 13 Pfg. — Verlangen Sie bitte ausdrücklich

MAGGI'S Suppen-Würfel

Ordnung und Sicherheit in erhöhtem Maße interessiert. Das Volkswohl fällt nun mit seinem Wohl zusammen. Die Polizei als Hüterin der Ordnung und Sicherheit wird zu einem Instrument des Volkes. Hier ist man an dem Punkte angelangt, wo die Polizeiausstellung zu ihrem Rechte kommen soll.

Die Polizei ist auf dem Wege, Volkspolizei zu werden. Jezt wie nie zuvor trifft sie in enge Berührung mit dem Publikum. Die Schutzpolizei hat nicht mehr allein für Sicherheit und Schutz des einzelnen gegen Anschläge auf seine körperliche Unversehrtheit und sein Gut zu sorgen; sie steht als Verkehrs- und Auskunftspolizei mitten im Strudel des sich abwickelnden Volksebens. Und da merkt man es ihr nicht selten an, daß sie von der erblichen Belastung des Bevormundendwollens noch nicht frei ist. Auch eine Ueberspannung der Reglementierung macht sich fühlbar. Es kann eigentlich kein Führer mehr über die Straße fahren, ohne vorher durch eine entsprechende Handbewegung des Verkehrsdykmannes die Erlaubnis dazu erhalten zu haben. Das ist selbst in kleinen Städten mit minimalem Verkehr der Fall. Die Kriminalpolizei ist immer wieder ohne Mitarbeit des Publikums bei Aufdeckung von Verbrechen machtlos. So ist sie interessiert, daß die Bevölkerung wenigstens zu einem Teil in ihre geheimnisvolle Tätigkeit Einblick erhält. Die politische Polizei, die die Staatsicherheit zu gewährleisten hat, tritt aus begreiflichen Gründen am wenigsten in die Öffentlichkeit. Doch auch sie bedarf nicht selten der Mitarbeit der breiten Masse der Bevölkerung. Dagegen tritt die Schutzpolizei bei politischen Aktionen, bei Demonstrationen, Umzügen und dergleichen mehr in die nächste Berührung mit den Volksmassen. Hier bietet sich immer wieder Gelegenheit, Feststellungen zu machen, wie weit die Entwicklung der Polizei zur wahren Volkspolizei gediehen ist.

Polizeistunde 3 Uhr.

Ein Runderlaß des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern richtete, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, an die Ober- und Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin unter dem 15. Oktober folgenden Runderlaß:

„Zum Zwecke der Neuregelung der Polizeistunde in Ost- und Schanzenvierteln bestimme ich in Abänderung der Verordnung über Schanzenviertel und Polizeistunde vom 20. Juni 1923 unter Aufhebung meines früheren Runderlasses vom 25. März 1924 folgendes: 1. Der Beginn der Polizeistunde ist festgesetzt: a) in Städten von 100 000 bis 300 000 Einwohnern auf 1 Uhr; b) in Städten von mehr als 300 000 Einwohnern auf 2 Uhr; c) in Berlin auf 3 Uhr. 2. Die örtlichen Polizeibehörden werden ermächtigt, bei nachgewiesenem Bedürfnis a) für einzelne Veranlassungen, b) aus besonderem Anlaß vorübergehend allgemein eine Verlängerung der Polizeistunde zuzulassen. Eine vorübergehende allgemeine Verlängerung der Polizeistunde darf nur nach Anhörung der Fachorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und nach sorgfältiger Prüfung der Bedürfnisfrage erfolgen. 3. Für Kar- und Badeorte kann wegen der Sommer- und Winterferien die Polizeistunde allgemein verlängert werden. 4. Im übrigen gelten die Vorschriften der Verordnung vom 20. Juni 1923.

Das „einheitliche Kleid“.

Das „Deutsche Tonkünstlerorchester“ und sein Meister.

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III stand gestern die Berufungsklage der Staatsanwaltschaft gegen das sogenannte „Deutsche Tonkünstlerorchester“ der Firma Eichbaum-Klockow zur Verhandlung. Das Tonkünstlerorchester, wie es der Manager nennt, ist eine Vereinigung von Musikern, die sich zur „Stimmungsunterhaltung“, wie einer der Zeugen so nett sagte, d. h. zur Befriedigung des patriotischen Geschmacks in Uniformen der wilhelminischen Armee kleiden. Deswegen erging Anklage auf unbefugtes Tragen der Uniform des alten Heeres. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Freispruch in erster Instanz Berufung eingelegt.

Während Herr Klockow, der Angeklagte, in der vorigen Verhandlung mit Empörung gegen die Linksbewegung polemisiert und sich Württembergstreich zu geben versucht hatte, schlug er diesmal eine andere Taktik ein. Von der gewinnbringenden Spekulation auf die militärische Mentalität des reaktionären Bürgers, war angeblich auch nicht im mindesten die Rede. Man wählte die Uniform nur, um ein „einheitliches Kleid“ zu haben. Wegen dieses Herumgehens um den heißen Brei, konnte der Staatsanwalt nicht umhin, den wackeren Klockow als Feigling zu apostrophieren. Auch dem vorstehenden Landgerichtsdirektor kam die Haltung des Angeklagten und seiner Hintermänner wenig männlich vor. Die Vernehmung des Angeklagten und einer großen Anzahl Zeugen fand so gründlich statt, daß sich die Verhandlung vom frühen Vormittag bis in die späten Nachmittagsstunden ausdehnte. Ein Sachverständiger des Reichswehrministeriums, Hauptmann Summe wohnte den Verhandlungen bei. Nachdem gerichtsmäßig festgestellt war, daß die Tonkünstler mit Seltenen umschmeißeln ihrer „künstlerischen“ Betätigung nachgegangen sind, wird als erster Zeuge ein Herr Bajan vernommen, dem in Blnz die uniformierte Tonkünstlerkapelle auffiel. Das Publikum habe die Musiker allgemein für Reichswehrleute gehalten. Da sie trotz des militärischen Gehabes einen äußerst saloppen Eindruck gemacht hätten, sei ihm diese täuschend nachgeahmte Uniformierung als eine Schädigung der Armee erschienen. Bald war der erste, der Angeklagte erstatte. Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung kommt es zu mancherlei interessanten Feststellungen. Während der Angeklagte dokumentarisch nachgewiesen versucht, daß ihm vom Reichswehrministerium die wärmste Unterstützung zu teil geworden sei (er will seine Uniform dem Reichswehrministerium zur Begutachtung vorgelegt haben) und einen Brief eines Obersten Reinecke, kurzlich in Orlowitz stationiert, vorliest, in dem dieser in sehr eindeutigen Worten Klockows Verdienste um die nationale Bewegung anpreist, bringt Hauptmann Summe einen Brief des Oberst aus Orlowitz zur Verlesung, in dem er feststellt, daß Klockow ihn fortwährend mit Einladungen zu seinen Konzerten belästigt habe. Niemand hätte er diesen Ausdrucksformen Folge geleistet. Quader, ein Musiker Eichbaums, verwidelt sich, sehr zur Verlegenheit des Angeklagten, in verschiedene Widersprüche. Er hat sich wie es scheint, auf Programmen Musikmeister genannt, ein Rang, der ihm als Bataillonskapitän keineswegs zuzum. Dann kommen die anderen Entlastungszeugen. Herr Dönke, Krügervereinspräsident, sagt für ihn „als alten Soldaten“ sei die Tonkünstleruniform nicht mit der der alten Armee zu verwechseln, Herr Reil, der Schatzkammer des Berliner Bismarck-Ausschusses sagt aus, daß Uniform und Militärmärsche jederzeit die Stimmung „abehaftet gehoben“ hätten. Ein Oberst hat das richtige Soldatenformat. Er dankt dem Angeklagten für seinen „Betennermut“ im „Interesse des Wiederaufbaues“ und betont, daß Klockow das deutsche Gemüt vor der schauerhaften Jazzband gerettet habe. Herr Wolfenhielm meint, die Sache hätte wie eine Bombe eingeschlagen. Der Sachverständige des Reichswehrministeriums stellte mit aller Entschiedenheit fest, daß Klockow Uniformmißbrauch begangen habe. Die alten Uniformen genössen gelegentlichen Schutz. Der Antrag des Staatsanwalts, der übrigens dem Verteidiger des Angeklagten ernsthaft Konkurrenz machte, lautete auf zwei Monate Gefängnis, das Gericht kam nach 1½stündiger Beratung zu einer Verurteilung. Zur neuen Verhandlung sollen die Originalstücke der alten Uniform herbeigeschafft werden, um den Schöpfen Vergleiche zu ermöglichen.

Öffentl. Werbeveranstaltungen

Heute, Sonnabend, den 16. Oktober:

Biesdorf-Süd: 7½ Uhr im Lokal Dieh, Köpenicker Str. Tagesordnung: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. Redner: Wilhelm Richter.

Morgen, Sonntag, den 17. Oktober:

Baumshulenkweg: Werbeveranstaltung. Anreiten zum Umarmen vormittags, 9 Uhr, Baumshulenkweg Ecke Heidekampweg. — Anschließend um 10 Uhr öffentliche Werbeversammlung im Saal des Kinos, Baumshulenkweg. Referent: Polizeioberst a. D. Dr. Hermann Schüßinger.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

17. Kreis, Althenberg: Frauenwerbend heute, Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7½ Uhr, im Lokal Tempel, Sudbrunnstraße 7, Kleiner Saal. Mitwirkende: Gefangenverein „Fichte Georgina“, Rezitationen: Genosse Schuhmann, Vortrag der Genossin Gertrud Hanna, M. d. L. — Im Anschluß daran gemeinsames Beisammensein. — Gäste herzlich willkommen.

Medizin und Polizei.

Unser medizinischer Mitarbeiter, Genosse Dr. Robert Marx schreibt uns über den medizinischen Teil der Polizeiausstellung folgendes:

Die deutsche Ärzteschaft stellt in ihren Sektionen „Den Dienst am Volke“ als ihre erste und höchste Aufgabe dar. Aus diesem Grunde wohl hat sie als Ausstellungsobjekt ihr Material gegen die Kurpfuscherei — Kurpfuscherei ist in ihren Augen jeder, der nicht die staatliche Approbation zur Behandlung von Kranken hat — gewählt. Durch die besondere Betonung der angeblich materiellen Schädigungen des Volksganges, durch die Kurpfuscherei, bekommt aber dieser edle Zweck „Dienst am Volke“ einen sehr metallischen Beigeschmack und es erscheint die Ausstellung des Groß-Berliner Arztesbundes, der durch seinen Kampf gegen die Krankentassen und Ambulatorien weitesten Kreisen bekannt ist, mehr aus Konkurrenzgründen als aus Liebe zur breiten Masse diktiert zu sein. Aber auch sonst müssen von einem sozialistischen Arzt noch mancherlei Fehlschlüsse, die der Ausstellungsleitung entgangen sind, bemängelt werden.

So stellt das Museum für Völkertunde in Hamburg statistisches Material aus, das schlagend die überragende Intelligenz der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat beweisen soll. Schon die Bezeichnung „Kinder aus Schulen verschiedener Stände“ beweist das soziale Verständnis der Ausstellenden. So sind in den Schulen in den oberen Ständen 40 Prozent Fortgeschrittene 25 Prozent und Zurückgebliebene 13 Prozent, in den mittleren Ständen 20 Prozent Fortgeschrittene und 30 Prozent Zurückgebliebene und in den unteren Ständen 7,5 Prozent Fortgeschrittene gegen 40 Prozent Zurückgebliebene. Selbstverständlich sind von den Kindern begüterter Eltern sehr begabt 30,61 Prozent, mäßig begabt 53,80 und minderbegabt 15,59 Prozent. Bei den Kindern armer Eltern dagegen nur 20,56 Prozent begabt, 52,26 mäßig und 27,18 minderbegabt. Daß solche Tabellen, die eine erschreckende Unterweisung über die unglücklichen Lebensbedingungen der Proletariatskinder beweisen, gerade von Hamburg ausgestellt werden, ist tief bedauerlich. Ist denn den verantwortlichen Herren des Völkertundemuseums nicht irgend einmal zu



Der Rundfunk müßte endgültig eine Reformierung seiner Programme vornehmen. Zugegeben, daß schwere Orchestermusik oder Opern- und Schauspielübertragungen nicht jeden Abend gegeben werden können und daß der Rundfunk mit einer Hörschicht zu rechnen hat, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt, so müßte doch eine Ausbalancierung innerhalb des Tagesprogramms stattfinden. Es geht nicht an, daß auf ein Nachmittagskonzert vom Kaffeehausniveau die Sendung einer uralten Fosse oder ein durchschnittliches Orchesterkonzert folgt, und daß dann wie zum Ausgleich ein anderer Tag alle in hochwertige und für manche Hörer nur schwer verdauliche Darbietungen bringt. Die augenblickliche Zusammenstellung der Programme zeigt einen durchaus unökonomischen Geist, an einem Tage verschwendet man, um an den folgenden überhaupt nichts mehr geben zu können. Sicherlich spielt dieser Wirtswart, der im Rundfunk herrscht, eine bedeutende Rolle bei der wachsenden Unzufriedenheit der Rundfunkhörer. Was bietet denn im Grunde ein Programm wie das gezeigte? Ein oder zwei gute Vorträge und ein lebenswürdiges Abendkonzert, am Nachmittag dagegen geschichtliches, die Abendveranstaltung hat jedoch nicht das Niveau, um einen vollständigen Erfolg für die Beere des Tages zu bieten. Seidner-Winkler spielt sehr sachlich Chabrier und César Franck, läßt darauf aber ein belangloses Divertissement über russische Lieder folgen, das Nabaud schlecht und recht für Orchester zusammengestellt hat. Enescos rumänische Rhapsodie entwickelt Temperament trotz ihrer parfümierten Salonhaltung. Und dann verhandelt das Konzert vollständig. Dazu leidet die Uebertragung unter Störungen. Eins aber darf der Rundfunk nie verlernen, die Zeit des kritiklosen Rundfunkenthusiasmus ist vorüber. Man sieht jetzt den Darbietungen abwägend gegenüber. Noch einmal sei betont, das Programm muß reformiert werden.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 16. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12.30 Uhr nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt
4.30 Uhr nachm.: César Fleischler (zu seinem Todestag). 1. Einleitende Worte von Dr. Walter Meckner. 2. Aus Fleischlers Werken. Theodor Loos, Rezitation. 3-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Spanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Sanitätsrat Dr. Werner: „Dr. Eisenbart“. 7 Uhr abends: Prof. O. Colson: „Lafontaine et ses fabliaux“. (In französischer Sprache). 7.30 Uhr abends: Dr. Max Osborn: „Daniel Chodowicki“. (Zum 100. Geburtstag des Meisters). 8 Uhr abends: Professor Dr. Franz Ludwig Hörh von der Staatsoper: Einführung zu der Uebertragung aus der Staatsoper am 17. Oktober. 8.30 Uhr abends: Zum Wochenende. Mitwirkende: Lotte Appel, Heide Sachs, Angela Sax, Jul. Brandt, Max Kuttner, Fritz Tschannar, Karl Wallauer. Berliner Funkorchester, Berliner Funkchor. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Tanzorchester Etté).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 16. Oktober.

3-3.30 Uhr nachm.: Prof. Dr. Amsel, Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3.30-4 Uhr nachm.: Hedwig Stieve: Neue Arbeitsgebiete für die Wohlfahrtsbegleiterin. 4-4.30 Uhr nachm.: Dr.-Ing. Toussaint: Facharbeiter in der Metallindustrie. 4.30-5 Uhr nachm.: Das Neueste aus der pädagogischen Zeitschriftenliteratur. 5.30-6 Uhr abends: Professor Dr. Masekowsky: Berlin und Potsdam unter Friedrich dem Großen. 6-6.30 Uhr abends: Professor Dr.-Ing. Laudien: Das elektrische Kochen. 6.30 bis 7 Uhr abends: Dr. med. Ehrhoke: Die Bedeutung der zahnärztlichen Prothetik in bezug auf den Gesichtsausdruck des Menschen. 7-7.30 Uhr abends: Dr. Meramann: Die deutsche Oper von Mozart bis Schreker. Ab 8 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

Hören gekommen, daß ein sehr großer Teil der Proletariatskinder morgens nüchtern zur Schule kommt, nachdem er schon vorher stundenlang Zeitungen ausgelesen hat, während die „Wissenschaftler“ sich noch in ihren Betten räkelten? Noch ein umstrittener Punkt soll erwähnt werden, das sind die statistischen Angaben über die Prostitution, die uns die Polizeidirektion Nürnberg besichert. Schon die Klassifizierung der Prostituierten nach ihrer früheren sozialen Stellung im Kellnerinnen, Arbeiterinnen, Hausmädchen- und Modistinberuf ist durchaus nicht ausschlaggebend. Verbessert müßten aber die Angaben über die Häufigkeit der venereischen Infektionen bei den Prostituierten auf den Nichtigkeitsbereich sein. Eine mehrfache Ansteckung mit Syphilis ist unmöglich, ebenso eine achtmalige Neuerkrankung an Tripper. Bei diesen Prostituierten war eben die Krankheit niemals ausgeheilt, sondern sie trat zu verschiedenen Zeiten in neuen Schüben auf. Aus den angeführten Beispielen ergibt sich leider, daß ein großer Teil der verantwortlichen Polizeidirekte zur Zeit noch nicht genügend Verständnis für das Proletariat aufbringen kann. Hier Abhilfe zu schaffen, ist auch eine Pflicht des Innenministers.

Rektors-Übergabe an der Universität.

Die Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin beging gestern Mittag mit einer kurzen Feier die Rektorsübergabe. Der bisherige Rektor, Professor Dr. Pompeckj, gab den Bericht für das Jahr 1925-26. 768 Vorlesungen und 406 öffentliche Vorträge mit insgesamt 54 000 Hörern wurden im Sommer und 774 Vorlesungen und 408 öffentliche Vorträge mit insgesamt 58 000 Hörern im Winter abgehalten. 597 Studenten haben die Doktorprüfung bestanden. Insgesamt waren im Winterhalbjahr 9777 Studenten, davon rund 1 400 weibliche, eingetragen. Gegenüber dem Sommerhalbjahr mit 9345 Studenten, davon 1800 weiblich, war eine Steigerung von 500 Eintragungen zu verzeichnen. Dr. Pompeckj sprach dann über die Zusammenarbeit zwischen Senat und Studentenschaft und drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Berliner Studentenschaft sich im Fall Leising zurückhaltend benommen habe. An der Berliner Universität ist die Rot unter den Studenten besonders groß. Viele glauben in der großen Stadt leichter, neben ihrem Studium noch Beschäftigung zu finden und können nach Berlin. Nur wenigen ist es vergönnt, Werkarbeit zu finden. Im Werkstudententum ist ein großes Heldentum. Unter größten Entlohnungen müssen die jungen Leute neben dem austrennenden Studium für ihren Lebensunterhalt sorgen. Nur wenige haben die Kraft, diese Anstrengungen durchzuhalten. Infolge des Anwachsens der Sportbewegung sind die für die Ausübung des Sports zur Verfügung stehenden Räume zu klein geworden. Auch die Büroräume müßten durch Mieten von Räumen außerhalb der Universität erweitert werden. Der Senat hat den Plan, auf einem in der Karlsruher gelegenen Platz, einen Erweiterungsbau zu errichten. Er beschäftigt sich aber auch mit dem Plan, außerhalb Berlins eine Universitätsstadt zu errichten. Natürlich konnte sich Dr. Pompeckj nicht verlegen, auf das Ehrenmal und seine Inschrift einzugehen. Er beglückwünschte den Vorbeimarsch der Studentenschaft am Denkmal als den „Zug der Sieger“, der an den unbesiegten Siegern vorüber führte. Nach der Rede Dr. Pompeckjs wurden die Zeichen der Rektorswürde, der Purpurmantel und die goldene Keite, dem neuen Rektor Prof. Dr. Triepel angelegt. Nach Ablegung des lateinisch gesprochenen Eides hielt Prof. Triepel seinen Vortrag über „Staatsrecht und Politik“.

Wasserrohrbruch in der Reichenberger Straße. Vor dem Hause Reichenberger Straße 133 platzte das in der Erde liegende Hauptwasserrohr und drückte das Erdreich in die Höhe. Ein starker Wasserstrahl quoll an die Oberfläche und setzte einen Teil der Straße unter Wasser. Abgesandte der Wasserwerke erschienen bald an der Unfallstelle und spezialisierten das Rohr ab. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte nach kurzer Zeit wieder abrücken. Durch den Wasserrohrbruch waren einige Häuser eine zeitlang ohne Wasser.

Am Sonntag nach Hamburg. Der für Sonntag, den 17. Oktober, angelegte Sonntags-Sonderzug nach Hamburg wird, wie wir von der Reichsbahndirektion Berlin erfahren, bestimmt verkehren: Berlin, Lehrter Bahnhof ab 6.20 vorm., Spandau ab 6.38, Rauen ab 7.04, Hamburg an 11.30, Rückkehr nach Berlin erfolgt um 12.30 nachts. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt betragen von Berlin, Lehrter Bahnhof 12,80 M., von Spandau 12,30 M., von Rauen 11,30 M. Fahrkarten werden bei den Fahrkartenausgabestellen Lehrter Bahnhof, Spandau und Rauen noch bis kurz vor Abgang des Zuges ausgegeben. Am Sonnabend sind sie auch noch in der Fahrkartenausgabe Schlesischer Bahnhof, sowie bei den vier Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Reisebureau Unter den Linden 57/58 erhältlich.

Die kommunistischen Straßendemonstrationen. Die kommunistische Partei veranstaltete am Freitag abend zwischen 6 und 8 Uhr eine Anzahl Bezirksdemonstrationen „gegen den Raubzug der Hohenzollern“, die wohl auch infolge des regnerischen Wetters förmlich keinen erheblichen Zulauf hatten. Die Trommelkorps des Roten Frontkämpferbundes gingen den Zügen voran, in denen Transparente und Fahnen mitgeführt wurden. Vom Brunnenplatz, der Weberswiese, Dranienbrücke und vom Rnie bewegten sich die Züge durch die Straßen der Bezirke. Die Teilnehmer brachten an einzelnen Stellen hoch- und Niederrufe aus, und sangen Lieder. Die Tendenz der Rundgebungen war fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet, der man in billiger Demagogie „Verrat der Arbeiterschaft“ vorwarf. Die Versammlung in Kleins Festhalten was einen sehr mäßigen Besuch auf. Hier sprach ein kommunistischer Landtags-

DER MANN HAT RECHT,

der seiner Frau den Bubikopf nicht gestattet, wenn sie schon ihr langes Haar nicht richtig pflegt. Denn ein schlecht gepflegter Bubikopf ist ein Hohn auf die viel gepriesene Jugendlichkeit und Bequemlichkeit der kurzen Haartracht. Ein Bubikopf muß vor allem regelmäßig jede Woche mit Pixavon gewaschen werden. Pixavon gibt dem Haar lockere Fülle, schimmernden Glanz und den weichen Fall, aus dem jede Frisur von graziöser Eigenart sich formen läßt.



Keine der gewöhnlichen flüssigen Toeerseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubikopfschnitte für Winter 1926. LINGNER-WERKE Dresden



Und unsere Angebote bedeuten **höchste Leistungsfähigkeit**, denn wir liefern **beste Waren zu billigen Preisen** und führen die **Aenderung ohne jede Berechnung aus!**

Dieser Mantel wie Abbildung aus reinwoilenem Velour de laine mit vollem Pelzbesatz — **kostet nur 49.75**

ähnlich ausgeführte Mäntel 29.75 35.75 39.— 59.— 79.— usw.

Kleider, Blusen und Pullover in wundervoller Schönheit, größte Auswahl zu fabelhaft billigen Preisen.

W. Bernhard Nachf.
Berlin, Belle-Alliance-Str. 101-105, direkt am Hallesch. Tor

Waren-Credit-Anstalt A.-G. Abteilung

Nicolaus

Wir liefern weiter auf **Teilzahlung**

- 1000 Herren-Anzüge mit 10 M. Anzahlung
- 1000 Herren-Mäntel und Ulster mit 10 M. Anzahlung
- 1000 Gummimäntel für Damen u. Herrn mit 8 M. Anzahlung
- 1000 Damen-Mäntel und Kostüme mit 8 M. Anzahlung
- 100 Pelzmäntel und -Jacken mit 40 M. Anzahlung

Pariser Modelle. Beste Verarbeitung. Hadescher Markt No. 1

1 Minute v. Bahnhof Borsig
Filiale: Große Frankfurter Straße 66.

Achten Sie auf die gebotenen **Vorteile**

und decken Sie Ihren Winterbedarf

Abschlag diskret und bequem den Verhältnissen angepaßt

Beamte und behördliche Angestellte

sowie alle solidere Kunden der Firma

ohne Anzahlung

Vorzug ohne Anzahlung erhält beim Einkauf 3 Mk. gutgeschrieben.

INDO

gegründet 1902

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol
Residenz-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Café-Jugendlichen verboten
Thalia-Theater
8 Uhr:
Der Silberpelz
Regie: Berth. Viertel
Theater des Westens 8:
Der Zug nach d. Westen

Deutsches Künstl.-Theater
8 1/2 Uhr:
Das große Abenteuer
Dreh: Pollenberg
Sonnabend 3 1/2 U.
Das blaue Prinzchen
Sonntag 3 1/2 U.
Der fröhliche Weibser
Lessing-Theater
8 Uhr:
Mensch und Uebermensch
Th. u. Kurfürstendamm
8 Uhr: Revue:
Es geht schon besser
Musik: R. Nelson
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
Die Herzogin v. Elba
Sonntag 3 1/2 U.
Schneewittchen

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Menschenfreunde
Hörle u. Mayen nach 4 Uhr:
Gr. Kindervorstellung:
Schneewittchen
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Theater im Admiralspalast
Hiesenerotte
Kaller-Revue
An u. aus
Preise von 2-16 M.
Vorkauf ausverkauft
Apollo-Theater
Riesen-Weltstadt-Programm mit
Breitbar Florian
Petermann
14 unkl. Attraktionen
Wieder Freidämmerung
0.75, 1.—, 1.50, 2.—, 2.50, 3.— M. usw.
Anfang 8 Uhr
Circus Busch
Tägl. 7 1/2, 8 1/2, auch 3 U.
Neuesonnabend nachm. 3 Uhr
Leitze Sonder-
Nachm.-Vorstellg.
Erwachs. u. Kinder
halbe Preise!
Sig. 2 x 3-4-7 1/2 Uhr
Nachm. halb. Preise
in ständl. Verbindung
Circus-Sensation u.
Papa Wrangel
Sonnt. 31. Oktbr.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
Befanntmachung
Auf Grund des § 47 der Reglements sind für die kommende Wahlperiode die Vertreter und Ersatzmitglieder zum Wahlen auszuwählen. Aus dem Kreise der wahlberechtigten beitragspflichtigen Arbeitgeber sind 50 Vertreter und 50 Ersatzmitglieder, aus dem Kreise der wahlberechtigten Beschäftigten 60 Vertreter und 120 Ersatzmitglieder zu wählen.
Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 29. November 1926, die Vertreter am Dienstag, den 30. November 1926. Beide Wahlhandlungen finden nachmittags von 2 bis 6 Uhr im Rassenhof, Reichstraße 15 statt.
Wahlberechtigt sind:
a) alle wahlberechtigten Arbeitgeber, die für ihre beitragspflichtigen Arbeitnehmer Beiträge zahlen. Arbeitgeber, die selbst beschäftigt sind, wählen zu den Arbeitgebern, sofern sie regelmäßig mehr als zwei beitragspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Im anderen Falle wählen sie zu den Beschäftigten. Das Wahlrecht ist in Berlin auszuüben. Für die Wahlberechtigung haben die Arbeitgeber besondere Bescheinigungen zu beantragen. Die Arbeitgeber führen eine Stimme bis zu 10 beitragspflichtigen Arbeitnehmern, eine weitere Stimme bis zu 100 beitragspflichtigen für je 10 und über 100 beitragspflichtige Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber können sich von der Rolle ihre Stimmenzahl befreien lassen;
b) alle wahlberechtigten Arbeitnehmer, die bei der Rolle als Mitglieder verzeichnet sind. Als Vertreter der Beschäftigten ist nur wählbar, wer bei der Rolle als Mitglied verzeichnet ist. Die Wahl wird vom Rassenhof nach den Bestimmungen der Wahlordnung geleitet.
Die wahlberechtigten Arbeitgeber und Beschäftigten werden aufgefordert, für die beteiligten Arbeitgeber und Beschäftigten gebundene Wahlberechtigung auszuweisen und diese Wahlberechtigung bis spätestens 31. Oktober 1926 dem Rassenhof einzureichen. Die Wahlberechtigten müssen von mindestens 30 wahlberechtigten unterschrieben sein. Inwieweit ein Wähler mehrere Wahlberechtigungen hat, wird sein Name auf dem zuerst eingereichten Wahlzettel verzeichnet. Jeder Wahlzettel darf höchstens dreimal so viel Bewerber nennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer, mit Familien- und Vornamen, Beruf, Wohnort und Wohnung zu bezeichnen. Bei Beschäftigten sind Mitgliedsnummer und Kennung des Arbeiters bzw. sowie eine Mitgliedsbescheinigung über Annahme der Wahl erforderlich.
Die wahlberechtigten Frauen nach ihrer Zulassung am 1. November 1926, nachmittags von 2 bis 3 Uhr im Rassenhof einzureichen werden. Die Arbeitgeber- und Mitgliederbescheinigungen ebenfalls aus. Als Wählerinnen dienen die Arbeitgeber- und Mitgliederbescheinigungen. Einprüfungen gegen die Mitgliedschaft dieser Bescheinigung sind bis spätestens 2. November 1926, unter Beifügung der Bescheinigung, beim Rassenhof einzureichen.
Der Wahlausdruck ist besetzt. Die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich demnach, für die Wahlhandlung einen Wahlausdruck mitzubringen.
1. Für die in Arbeit stehenden wahlberechtigten genügt eine Bescheinigung des Arbeitgebers, bei dem der Beschäftigte am Tage der Wahl in Beschäftigung ist.
2. Für freizügige wahlberechtigte wahlberechtigte oder erwerbslose Beschäftigte werden auf Antrag an den dem Wahlzettel voranzuführenden 14 Wählern eine Bescheinigung ausgestellt, die die Mitgliedschaft legitimiert.
Im Übrigen wird ausdrücklich auf die einschlägigen Bestimmungen der Wahlordnung und der Reglements hingewiesen.
Berlin, den 12. Oktober 1926.
Der Vorstand der Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
Otto Gronau, Vorsitzender.
W. Linde mann, Schriftführer.

Volksbühne
Theater am Blücherplatz/Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Lysistrata
Morgen
2 1/2 Uhr: **Faust**
8 U.: **Lysistrata**
Täglich 8 Uhr:
Das Grabmal des unbekanntenen Soldaten.
Neues Theater am Zoo
8 „Ich hab Dich lieb“ 8
Park 1-5 M. Sessel 4 M. Vorkauf ausverkauft. Sph. 5371

Trianon-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
„Dirnentragödie“
Komische Oper
Der große Opernserfolg
Adrienne
Täglich mit Serak, Wessely, Wirt, Blass, Boettcher, Heil. - Sonntag nachm. 3 U.
Die Fledermaus
In erster Besetzung
Vorkauf ununterbrochen v. 10 U. an
Täglich von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends geöffnet
Einlaß bis 9 Uhr
GROSSE POLIZEI-AUSSTELLUNG BERLIN 1926
23. SEPTEMBER BIS 17. OKTOBER
letzter Tag

Waller-Theater Freitag, 15. Okt.
Gastspiel **Hermine Körner** mit Umlauf:
Die Marionetten der Zarin Katharina II.
Sonnt. nachm. 3 U.: Hasemanns Köcher
CASINO-THEATER 8 Uhr:
Gräfin Tippmann
Gutschein 1-4 Pers. Bei Vorz. der Annonce Faust. nur 1.00 Mk., Sessel 1.50

Antliche Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstr. 8.
Annahme von Vorwetten in der Zentrale, Schadowstraße 8, in allen Berliner Filialen und bei den größ. Rennvereinen im Reich. Auszahlung der vollen Totalisatorquoten ohne jeden Abzug. Schriftliche Aufträge u. Anträge auf kostenloser Errichtung von Konten sind nur an die Zentrale zu richten.
Telegramm-Adresse: Wettannahme Berlin, Schadowstr. 8.

Reichshallen-Theater
8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Meysel/Britton etc.
Nachmittags halbe Preise, volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Varieté-Konzert-Tanz

Neueste Mifa-Sieger:
Zürich, S. 10. 26. Kaufmann Sieger 1. Weltmeistermatch gegen Knochop.
Stettin, S. 10. 26. Lorenz Sieger im Flieger-Hauptfahren. Tandem-Vorgabefahren und Ansehungs-Prämienfahren.
Berlin, S. 10. 26. 3-Stunden-Mannschaftsfahren. Sieger: Behrendt-Lonardt. II. Pl.: Knappe. III. Pl.: Passenheim.

Die Riesenleitung des Herzens

Ein normales menschliches Herz wiegt ungefähr 350 g. Es pumpt mit durchschnittlich 70 Schlägen in der Minute jedesmal 180-200 ccm Blut durch die Aderkanäle des Körpers. Fast 14 000 ccm Blut werden vom Herzen bewältigt oder das Vierzigfache seines Eigengewichts in der Minute. Das Durchschnitts Herz beim Manne hat die Größe einer geballten Faust. In der Stunde pumpt es 840 Kilo Blut durch das Adersystem des menschlichen Körpers 1 Meter hoch oder hebt einen 60 Kilo schweren jungen Mann 13 Meter hoch; in 8-stündiger Arbeitszeit denselben Mann 100 Meter hoch oder bis auf die äußerste Turmspitze einer großen Kirche.

Und in vierundzwanzig Stunden, im Jahre - während des Lebens!
Bei Berücksichtigung dieser Tatsachen wird einem klar, welche Riesenleistung, trotz seiner Kleinheit, dieser Muskel jahrein, jahraus unermüdet verrichtet. Nun wird es auch verständlich, daß dieses Herz geschützt werden muß vor schädlichen oder nachteiligen Einflüssen. Zu den schädlichen Einflüssen gehört das Coffein, das die Leistungen des Herzens beeinträchtigt.

Wer daher Wert auf die richtige Funktion seines Herzens legt, wählt Kaffee Hag
den unschädlichen, echten Bohnenkaffee.

Winter-Variete-Garten
Friedenspreise • Rauchen gestattet
Sonntags 3⁰⁰ Ermäßigte Preise!

Mifa
Das Qualitäts-Fahrrad
Preisabbau
Ueber 1000 Rennerfolge!

60.-, 65.-, 80.-, 90.-, 100.-M. etc.
Bequeme Teilzahlung.
Zwangl. Besichtigung - Verlangen Sie Katalog gratis u. franko
Mifa-Fabrik-Verkaufsstellen: NW, Alexandr.-Innstr. 15, SW, Belle-Alliance-Str. 6, NW, 100 (H. Amer.-camu 1, O. 34, Petersburgerstr. 8, Charlottenburg, Kabinen-August-Allee 44, Charlottenburg, Taurigower Str. 12, Neukölln, Fiedelerstr. 27, Pankow, Nebelstr. 18, Schöneberg, B r arnstr. 42
Mifa-Werke, Niederlieferung für Norddeutschland
Berlin, Belle-Alliance-Str. 6

Neueste Mifa-Sieger:
Zürich, S. 10. 26. Kaufmann Sieger 1. Weltmeistermatch gegen Knochop.
Stettin, S. 10. 26. Lorenz Sieger im Flieger-Hauptfahren. Tandem-Vorgabefahren und Ansehungs-Prämienfahren.
Berlin, S. 10. 26. 3-Stunden-Mannschaftsfahren. Sieger: Behrendt-Lonardt. II. Pl.: Knappe. III. Pl.: Passenheim.

Für die vielen Glückwünsche zur silbernen und goldenen Hochzeit sagen wir allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen unseren herzlichsten Dank
Paul Czekała Kuri Czekała u. Frau.
Unserem lieben Gemahlin **Richard Hildebrandt** nebst Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche von den Genossen der Vereine 15 u. 26 Reußstr.

Tiedmann's billigste Spirituosen u. Weine
Wegen Sauberkeit Weine nur in Flaschen
Apfelwein, süß Liter 0.75
Johannisbeer-, Stachelbeerweine Liter 0.95
Tetragona, echt, feurig Liter 1.30
Malaga Liter 1.50
Insel Samsø, echt Liter 1.55
Griech. Süßwein, Ersatz für Ungarwein Liter 1.45
Duro Portwein Liter 2.50
Montagne, Spanischer Rotwein, 1/2 Fl. 1.—
Weißweine billigst 0.50, 1.00, 1.25, 1.45
Preise einschl. städt. Steuer ohne Glas!

Jamaica-Rum-Versch., 1/2 Fl. 3.65
Pa. Edelbranntwein „Richtenberger“ 1/2 Fl. 2.20
Feinster Weinbrand-Versch. BT. 1/2 Fl. 2.75
Echter Weinbrand, 3 Stern 1/2 Fl. 4.75
Echter Afrikaner-Likör, Spezialität 1/2 Fl. 2.85
Erstklassige div. Liköre 1/2 Fl. 3.75
Preise einschl. städt. Steuer und Glas!
Bei Bestellung von M. 10.— an Lieferung frei Haus durch die Zentrale
B. Tiedmann
Likör-Fabrik
Zentrale Berlin O 17, Fruchtstr. 5-7
Telephon Alexander 4086
Berlin O., Königsberger Straße 1.
Berlin O., Fruchtstraße 76
Berlin O., Andreasstraße 4
Berlin SO., Köpenicker Straße 59
Berlin O., Frankfurter Allee 270
Berlin SO., Grünauer Straße 6
Berlin N., Brunnenstraße 106
Berlin N., Swinemünder Straße 85
Berlin N., Kastanien-Allee 49
Neukölln, Hermannstraße 96/98
Berlin W., Bülowstraße 48.

Krause-Pianos zur Miete
Wald, Ansbacherstr. 1

Inferieren bringt ERFOLG!

Euryanthe
Musikal. Leitung B. Walter
Abonn.-Tours III
Deutsches Theater
Norden 10334-35
8 Uhr
Peripherie
v. F. Langer. Regie: Max Reinhardt
Kammerspiele
Norden 10334-35
7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
Der gefällige Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert
Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt
Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6.
Zogl. 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (zu ermäßigten Preisen)

Elle-Sänger
und das beste Singsong-Quartett-Popoff

Theater, Lichtspiele usw.
Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: Die Liebe zu den 3 Orangen
Schauspielhaus
8: Nathan d. Weise
Schiller-Theater
8 Uhr: Soldaten

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Euryanthe
Musikal. Leitung B. Walter
Abonn.-Tours III
Deutsches Theater
Norden 10334-35
8 Uhr
Peripherie
v. F. Langer. Regie: Max Reinhardt
Kammerspiele
Norden 10334-35
7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
Der gefällige Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert
Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt
Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6.
Zogl. 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (zu ermäßigten Preisen)

SCALA
Kurfürst 6436
8 Uhr
Varieté-Neuheiten
Sonnabend 2. Sonntag 2 Vorstellungen
3⁰⁰ und 8 Uhr.
3⁰⁰ zu ermäßig. Preisen d. ganze Programm!
Rose-Theater
4 Uhr: Aschenbrödel
8 1/2 Uhr
Ärztliche Arbeit

Wohlfahrt
Speise-Schlaf-Zimmer, bekannt gut und billig.
CHARLOTTEBURG
Wilmersdorfer Str. 10
Ed. Schiller Str. 10
Kd. Lorenz

SONDERZUG
3 W. Takt. 1/2 Fl. 4.50
3 W. Takt. 1/2 Fl. 1.49
3 W. Takt. 1/2 Fl. 1.49
ab hier Nachnahme
Normanlie,
Nortorf (Holst.) 1102

Portof. Bedarf
ALEXANDERPLATZ
Gartenparzellen
baur. teilw. groß
Str. 900 Wkt., Spitzwegh. 1/2 Fl. 6. Preis u. 1/2 Fl. 4.50
Bismarck-Str. 15, Ecke Straße 20

Mal- u. Zeichen-Bedarf
L. Juergens
Alexanderplatz

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Annahme des Hohenzollernvergleichs.

Stundenlanger Abstimmungskampf.

Am Schluß der Debatte folgte noch einmal eine Erklärung des Finanzministers Dr. Höpker-Abschhoff.

Er zitiert den § 23 des Republikhaushaltgesetzes, der den Mitgliedern der ehemaligen deutschen Fürstlichen Familien den Aufenthalt in Deutschland verweigert oder beschränkt, wenn Staatsinteressen das erforderlich machen. Das im Vergleich vorgesehene Wohnrecht könne auch nur im Rahmen dieser Bestimmung betrachtet werden. Im Reichstagskompromiß habe allerdings die Bestimmung gestanden, daß eine Landesregierung den Sondergerichtshof anrufen könne, wenn die Kapitalzahlungen an die ehemaligen Fürsten von diesen zum Kampfe gegen die Republik gebraucht würden. Das sei jedoch eine stumpfe Waffe gewesen, und jede republikanische preussische Regierung werde sich ohnedies zu schütten wissen. (Lärm und Gelächter bei den Kommunisten.) Auch die Bestimmungen über den Kunstbesitz seien für den Staat im Kompromißentwurf nicht günstig gewesen. Nach ihm hätte der Staat den Kunstbesitz, der bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich war, überhaupt nicht bekommen und für den der Öffentlichkeit zugänglichen eine Entschädigung zahlen müssen. Heute fallen von den acht Balleaus vier unbeschränkt dem Staate zu, einer muß unverändert hängen bleiben, für einen sechsten bekommt der Staat ein Vorkaufrecht und nur zwei werden unbeschränktes Eigentum der Hohenzollern. Das bedeute sogar eine Verbesserung gegenüber dem Vorschlag von 1920, der damals von der Kunstverwaltung als tragbar bezeichnet wurde. Nach dem neuen Vergleich fallen an den Staat 400 Gemälde und 1100 Skulpturen. Damit sei alles erreicht, was überhaupt erreicht werden konnte.

Verschiedene Geschäftsordnungsanträge der Kommunisten, die auf eine Verlängerung der Redezeit hinauslaufen, stoßen auf den Widerspruch des Vizepräsidenten und des Hauses.

Abg. Baczewski (Pole) lehnt das Geseh ab. Ein Antrag Pled (Komm.) auf getrennte namentliche Abstimmung über die einzelnen Abschnitte des § 1 wird abgelehnt, der Paragraph selbst gegen die Stimmen der Kommunisten bei Enthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Ein kommunistischer Abänderungsantrag zum § 2, der die Verträge usw. mit zehnfachen Steuern und Gebühren zu Lasten der Hohenzollern belegen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 312 gegen 37 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. § 2 selbst, der völlige Steuer- und Gebührenfreiheit des Vergleichs vorsieht, wird mit 241 gegen 36 Stimmen bei 64 Enthaltungen angenommen.

Mit ähnlichen Stimmverhältnissen werden die folgenden Paragraphen des Entwurfs in namentlicher Abstimmung angenommen, und zwar unter Ablehnung kommunistischer Zusatzanträge.

Dabei erhalten die kommunistischen Abgeordneten Stolt und Sobotta Ordnungsrufe, weil sie bei einer namentlichen Abstimmung anstatt einer acht bzw. sechs Karten abgegeben haben. Präsident Bartels droht für den Fall der Wiederholung dieses Versuchs Sühngeld auszuschließen.

Nach fast vierstündigem Abstimmungskampf kommt es zur namentlichen Schlussabstimmung, die die Annahme der Vorlage mit großer Mehrheit ergibt.

Das zahlenmäßige Abstimmungsergebnis, das Vizepräsident Garnich verkündet, ist im einzelnen nicht zu verstehen wegen ohrenbetäubenden Lärms der Kommunisten. Auch die Tribünen mischen sich jetzt ein. Vor dem Rednerpult kommt es zu einem handgemeinen Zwischenspielen kommunistischen, deutsch-volksparteilichen und deutschnationalen Abgeordneten, wobei die Abgeordneten mit Fausteln aufeinander losschlagen. Vizepräsident Garnich, der den Tumult nicht meistern konnte, verließ den Präsidentenstuhl, wodurch die Sitzung unterbrochen wurde.

Der kommunistische Abgeordnete Pled tritt vor das Rednerpult und richtet an die Tribünenbesucher und das Haus eine Ansprache. Seine Ausführungen gingen in dem tosenden Lärm fast völlig verloren. Der Kommunist Kasper versucht, Pled dadurch Ruhe zu verschaffen, daß er die Präsidentenglocke ergreift und unaufhörlich schwingt. In diesem Augenblick erscheint Präsident Bartels und scheidet einen Diener gegen Kasper vor, um diesem die Glocke abzunehmen. Gleichzeitig schwingt er eine viel schwächere Erfahrungsglocke und verkündet mit lauter Stimme, daß der Abg. Kasper ausgesprochen sei. Die Kommunisten machen Front gegen den Präsidenten und drohen ihm mit erhobenen Fäusten unter beleidigenden Zurufen. Auch Aktenbündel fliegen im Saale herum. Man hört nur noch, wie der Präsident einige weitere Kommunisten, darunter die Abgg. Sabotta und Schulz-Breslau ausschließt. Auf den Tribünen erscheinen inzwischen Beamte. Erst nach ziemlich langer Zeit gelingt es den Beamten, die sich widersetzenden Tribünenbesucher aus dem Landtagsgebäude zu entfernen.

Die Sozialdemokratie hat sich bei dem ganzen Geseh der Stimme enthalten, nur bei § 4, der den entschädigungslosen Wegfall der Kronfideikommissrenten vorsieht, mit ja gestimmt. Die Kommunisten haben auch gegen diesen Paragraphen gestimmt und seine Annahme wie die der übrigen Paragraphen des Gesehtwurfs mit Psitrufen begleitet, was im übrigen häufige große Heiterkeit hervorruft.

Es folgten nun die namentlichen Abstimmungen über die Mißtrauensanträge, die von den Kommunisten gegen das Staatsministerium und gegen jeden einzelnen Minister der Regierung eingebracht worden war.

Zunächst wurde der Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium mit 202 Stimmen der Weimarer Koalition gegen 44 kommunistische und deutschnationalen Stimmen bei 118 Enthaltungen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Hannoveraner abgelehnt.

Der Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun wurde mit 21 gegen 52 Stimmen bei 82 Enthaltungen abgelehnt. Es hatten sich zahlreiche Deutschnationale aus dem Saale entfernt, denen die Stimmenthaltung nicht genügte und die es vorgezogen hätten, für den kommunistischen Antrag zu stimmen.

Der gegen den Finanzminister Höpker-Abschhoff gerichtete Antrag wurde mit 206 gegen 39 Stimmen bei 140 Enthaltungen abgelehnt.

Beim Mißtrauensantrag gegen den neuen Innenminister Genossen Grzesinski fanden sich die beiden Extreme wieder: Den 206 Stimmen der Weimarer Koalition standen 114 Ja-Stimmen der vereinigten Kommunisten, Deutschnationalen und Deutschnationalen gegenüber. Die Volksparteiler hatten 35 Enthaltungszettel abgegeben.

Die weiteren Mißtrauensanträge hatten folgendes Ergebnis: gegen den Handelsminister Schreiber-Halle 203 nein, 45 ja, 44 Enthaltungen; gegen den Landwirtschaftsminister Steiger 213 nein, 38 ja, 40 Enthaltungen; gegen den Wohlfahrtsminister Hirsfelder 205 nein, 44 ja, 36 Enthaltungen; gegen den Justizminister Am Jahnhoff 204 nein, 43 ja, 29 Enthaltungen; gegen den Kultusminister Becker 205 nein, 48 ja, 30 Enthaltungen. (Abgeordneter Pled (Komm.) ruft unter allgemeinem Gelächter: „Nieder mit der Regierung!“)

Um 1/8 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, den 3. November. Tagesordnung: Typhusepidemie in Hannover.

wie wir noch sehen werden. Machen wir das Wort Rationalisierung aber zum Schlagwort, so riskieren wir, in doppeltem Sinne Terrain zu verlieren, das nach der Behinderung und den Bluffaktionen der Inflationsjahre schier uneinbringlich erscheint.

Durchaus unnötigerweise! Vor allem spricht die Geschichte der Maschine und die Geschichte der mechanisierten Arbeit in allen Industrieländern gegen den Köhlerglauben, daß die umgestellte Produktion dauernde Belastung des Arbeitsmarktes nach sich ziehen muß. Freilich sind neue Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten schließlich nur dadurch zu schaffen, daß man die

Bedürfnisse billiger befriedigt.

so Kaufkraft freimacht, um die Befriedigung neuer Bedürfnisse zu ermöglichen. Für die Gesundung des Arbeitsmarktes bedeutet das eine Verfeinerung und Veredelung in unserer Fertigung, die der gestärkten Kaufkraft und der gehobenen und besseren Lebenshaltung entspricht. Hunderttausende von Arbeitern werden heute in Industrien beschäftigt, von denen man vor wenigen Jahrzehnten, ja zum Teil vor Jahren noch keine Ahnung hatte. Wir nennen nur die elektrotechnische und die chemische Industrie und weiter die Flugzeug-, Film- und Radioindustrie, und wir können uns heute wirklich nicht ausmalen, welche Bedeutung der große Prozeß weiterer Anorganisierung, mit dem man es z. B. in den verschiedenen Kohlenverflüchtungsverfahren zu tun hat, für die Entlastung des Arbeitsmarktes erhalten kann. Es ist das Merkmal der gegenwärtigen Umstellung, daß man eigentlich weniger phantastisch leistungsfähige Maschinen erfinden will, sondern daß der Betriebs- und Arbeitstechniker von heute darauf ausgeht, ganz systematisch den Prozeß der schnelleren Verwendung der menschlichen Arbeitskraft, also den Prozeß der Anorganisierung der Hand- und Muskelkraft weiter zu treiben. Was früher mehr dem Zufall überlassen war, die Erschließung von Verfeinerungsindustrien, in denen sich vermehrte Arbeitsmöglichkeiten boten, das soll System werden: die Rationalisierung, die schnellere Verwendung der menschlichen Arbeitskraft im Produktionsprozeß schaltet naturgemäß Arbeitskräfte aus: die Verbilligung und Veredelung aber stellt die durch die Rationalisierung ausgeschalteten Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß ein, und zwar ganz naturgemäß in der Richtung, daß sich die Arbeitsmöglichkeiten in dem Maße vermehren, je qualifizierter die Arbeit wird. Dasselbe gilt auch für das Verhältnis von

unqualifizierten und qualifizierten Arbeitern.

Rationalisierung, die schnellere Verwendung menschlicher Arbeitskraft allein hat keinen Sinn und verschlimmert die Situation auf dem Arbeitsmarkt; absolut nötig ist die Veredelung.

Voraussetzung nun für die Ueberführung des bloßen Rationalisierungsprozesses in den Prozeß der Veredelung ist einmal die Tatsache, daß die schnellere Verwendung menschlicher Arbeitskraft die Gesehtungskosten senkt und dem Markt, dem Verbraucher, zugute kommt. Das ist die wirtschaftspolitische Seite des Problems. Ihre Vernachlässigung ist der Grundfehler der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und der bedenklichste Ausdruck der Kurzsichtigkeit des Privatkapitals, dessen Wirtschaftsführung den Kontakt mit den einfachsten Notwendigkeiten rationaler Wirtschaft verloren hat. Selbst ihre besten Köpfe können sich nur unglücklich schwer zu der Erkenntnis der Wechselbeziehungen zwischen dem besseren Produktionsapparat und der wirksamer angewandter Arbeitskraft durchringen. Sodann ist die

Entwicklung neuer Arbeitsmethoden

von ausschlaggebender Wichtigkeit. Der Schwerpunkt bei der modernen industriellen Entwicklung liegt ja gar nicht darin, daß man durch schnellere Verwendung der menschlichen Arbeitskraft die Fertigungszeit phantastisch drückt, neue Produktivkräfte auslöst. Das hieße nichts anderes als die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft auf die Spitze treiben. Geht man diesen Weg, so wird die soziale Reaktion früher oder später unvermeidlich. Die bei schlechterem Leben im Produktionsprozeß schneller verbrauchten Menschen würden eines guten Tages damit Schluss machen und sie hätten ein Recht dazu, wenn die vielfach oberflächlichen Betrachtungen des sogenannten Fordismus zuträfen; die rhythmische Arbeitsleistung würde von selbst zur Unmöglichkeit. Werden neue Arbeitsmethoden entwickelt, dann hat alles heutige Mechanisieren und Maschinieren seinen Zweck; dann sind Ketten und Bänder für die Umstellung der Wirtschaftsmaschine schon Schrott, ehe sie eingebaut werden.

Wirtschaftsdemokratie als Bedingung.

Das ist die dritte, die sozialpolitische Seite des großen Problems der Gesundung der Arbeitsmärkte. Sie bedeutet nicht nur Hebung der Lebenshaltung des Arbeiters und Verkürzung seiner Arbeitszeit. Heute wird jeder Hochmann befähigen, daß die schneller verwendete Arbeitskraft, der Mann an der Kette oder am Band, für den Arbeitgeber rentabler ist, und muß schon im Interesse des umgestellten Betriebes für auskömmliche Bezahlung der rentablen Arbeitskraft eintreten. Wenn die rentablere Arbeitsstunde bei der schnelleren Verwendung der Arbeitskraft aber auf Dauer möglich sein soll, dann ist das Verbundensein des Arbeiters mit der Produktion, der ganzen Wirtschaft notwendig. Die Zusammenarbeit, die Mitarbeit in Dinge des Betriebes und der ganzen Wirtschaft ist eine Voraussetzung für die rhythmische Arbeitsleistung, die Methode der schnelleren Verwendung der menschlichen Arbeitskraft. Sie durch Wertgemeinschaften und ähnliche Fehkonstruktionen lösen zu wollen, ist Illusion. Brauchbar ist nur ein Mittel: Anerkennung und Durchsetzung der Grundsätze wirklicher Wirtschaftsdemokratie; nicht als Konzession eines sich in seinen Auffassungen ändernden Unternehmertums, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß die Reorganisation der Wirtschaftsmaschine auf Grundlage schnellerer Verwendung der menschlichen Arbeitskraft unförsbar mit einer Phase weiterer Emanzipation der Arbeiterklasse verbunden ist. Friedrich Dik.

Der Balken im eigenen Auge.

Was die Landbündler in der Öffentlichkeit nicht sagen.

Bekanntlich sehen die Führer unserer Großlandwirtschaft die einzige Rettung für die Agrarproduktion in jener Schutzpolitik, die die deutsche Exportindustrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt schwächt und daher von der Arbeiterklasse aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen abgelehnt wird. Unter einander ist man jedoch sich vollkommen darüber klar, daß die Gründe der Agrarkrise viel tiefer liegen, als daß sie von derartigen Experimenten, die ein Menschenalter vor dem Kriege hindurch verfolgt haben, die Abhilfe erwarten können. Sehr interessant ist nach dieser Richtung eine Entschlüsselung des Gesamtvorstandes des Brandenburgischen Landbundes, die in einem Rundschreiben den angeschlossenen Organisationen bekannt gemacht wird, an der Spitze jedoch den Vermerk trägt: „Nicht zu veröffentlichen!“ Wörtlich heißt es in dieser Entschlüsselung, nachdem man vorher an der Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung die abgedrohte Kritik geübt hat: Der Vorstand muß jedoch feststellen, daß die Lage, wie sie durch die gegen die Landwirtschaft gerichtete Zoll- und Handels-

Wirtschaftsumstellung und Arbeitsmarkt

Veredelung der Betriebs- und Arbeitstechnik / Wirtschaftsdemokratie als Mittel.

Wo immer in der Wirtschaftsgeschichte jene unheilvollen Störungen eintreten, die die industriellen Reservearmeen außerhalb des Kauf und Ab der Konjunkturen ins Maßlose vermehren, ist die Ursache zuguterletzt darin zu finden, daß die Produktionsmaschine zu teuer arbeitet. Der Desorganisierung unserer Arbeitsmärkte entspricht, daß wir mit dem vorhandenen Wirtschaftsapparat viel mehr Güter produzieren können als das heute geschieht. Die Gesehtungskosten der Maschine sind zu hoch und ihre Waren zu teuer. Die Bewirtschaftung der Arbeitsmöglichkeiten aber, die aufgeteilte oder kontingentierte Arbeitsmöglichkeiten, die Arbeitslosigkeit im Betrieb oder, wie man oft treffend das Uebel bezeichnet, die unsichtbare Arbeitslosigkeit, drückt den Lohn und damit die Kaufkraft, indem man den Preis für die wichtigste Ware auf dem Arbeitsmarkt, den Preis für die Arbeitskraft, herabsetzt, kann man zunächst den Preis für die anderen Waren nicht ermäßigen. Es entsteht der bekannte

Widerspruch zwischen Produktionskraft und Kaufkraft.

Den Weg aus dieser Situation hat man noch immer darin suchen müssen, daß man die gedrückte Kaufkraft rentabler machte. Man stellte den Ausgleich zwischen der nun billiger arbeitenden Produktionsmaschine und der Kaufkraft wieder her. Konnte die alte rückständige Produktionsmaschine einen wesentlichen Teil der Gesellschaft nicht mehr ernähren, so versorgte jetzt der umgestellte Apparat eine größere Kopfzahl.

Rationalisierung früher und heute.

Es sind drei wesentliche Merkmale festzustellen: Man mechanisierte die Produktion, indem man die menschliche Arbeitskraft durch die Maschine, durch die mechanische Kraft, ersetzte. Man anorganisierte sie, indem man die nur zeitweise zur Verfügung stehenden Naturkräfte, wie Wind und Wasser, durch ständig verfügbare anorganische Kräfte, den Dampf und die Elektrizität, ersetzte und als Brennstoff statt des Holzes die leblose Kohle, als Baustoff das leblose Eisen und Glas nahm, von denen man beliebige Mengen zu jeder Zeit herstellen kann. Man entpersönlichte sie dadurch, daß an Stelle des Einzelunternehmers die moderne Erwerbsgesellschaft und der Angestellte trat, der die Arbeit des Unternehmers leistet. Immer wieder hat die Mechanisierung, die Anorganisierung und die Entpersönlichung der Wirtschaft neue Arbeitsmethoden geschaffen und für die Kosten der ganzen Produktionsmaschine sind nicht die neu in den Dienst genommenen Kräfte und Stoffe von Bedeutung, sondern die Arbeitsmethoden, die durch die Verwendung neuer Kräfte, Stoffe und Unternehmungsformen entwickelt werden konnten.

Auch für die heute notwendige Reorganisation der Arbeitsmärkte wird also erst die Arbeitsmethode von entscheidender Wichtigkeit sein.

Der gegenwärtig im Gange befindliche Rationalisierungsprozeß in unserer Wirtschaft vollzieht sich keineswegs anders als früher und wird sich auch in Zukunft kaum anders vollziehen. Wir mechanisieren die Produktion weiter, indem wir den Vollautomaten entwickeln, die Arbeit von Maschinen zu Maschinengruppen fopeln. Wir anorganisieren, indem wir in der Fleißarbeit die Gehirn- und Muskelleistung dem zeitlich auskulturierten Arbeitskraft, dem Takt der Maschine unterwerfen. Wir entpersönlichen die Wirtschaft weiter durch Entwicklung der Produktionsstrukturs, des Verbandkapitalismus und durch Schaffung der Typen- und Standardwaren. Will man die einzelnen Veränderungen mit einem Eikeit bezeichnen, so handelt es sich überall um eine

Verkürzung der Fertigungs- und Produktionszeiten.

also um eine schnellere Verwendung der Arbeitskraft. Die schnellere Verwendung der Arbeitskraft bedingt die billigeren Kosten der Produktionsmaschine, die billigere Ware. Damit wäre das Problem der Reorganisation des Arbeitsmarktes, nach der einen, der produktions-technischen Seite hin, zum mindesten im Prinzip gelöst.

Wie es profanisch um diese Lösung bei uns steht, ist eine ganz andere Frage. Man wird immer wieder und wieder gefragt, wie sich der Rationalisierungsprozeß auf unsere Wirtschaft auswirkt hat und in welchem Zusammenhang er mit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit steht. Es liegt in der Natur der ganzen Rationalisierung, die sich ja, vom Arbeitsmarkt aus gesehen, infolge der Stilllegung vieler Werkstätten, Einführung unheimlich leistungsfähiger Maschinen in der Arbeitslosigkeit weiter Schichten auswirkt, daß Teile des Produktionsapparats aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden. Ein Umding ist es aber, in erster Linie diesen Prozeß für den gegenwärtigen Stand des Arbeitsmarktes verantwortlich machen zu wollen. Nach einer durchaus unparteiischen Schätzung sind die in Berlin vorgenommenen Entlassungen von Bankbeamten höchstens bis zu 10 Proz. auf die Rationalisierung des Bankerwesens zurückzuführen. In den Wirtschaftszweigen der eigentlichen Fertigung mag der Prozentsatz höher liegen. Im großen und ganzen muß aber betont werden, daß die gegenwärtige Verfassung des Arbeitsmarktes noch immer — und nach dem Stand der Dinge noch für lange Zeit — mehr eine Folge der

falschen Handhabung des Produktionsapparates

und weniger eine Begleiterscheinung seines technischen Gesundungsprozesses ist. Das Leugnen zu wollen, heißt die hoffnungslose Atmosphäre einer Siechenstube zu schaffen. Die moderne Arbeiterbewegung ist so geartet, daß die immer dort zu stehen hat, wo sich technischer Fortschritt anbahnt. Aus ureigenstem Interesse,

vertragspolitik geschaffen ist, durch die heutige Produktionsweise und durch unzureichende Organisierung des Absatzes der Produkte verhäuft wird. Wenn die deutsche Landwirtschaft der Konkurrenz der ausländischen Lebensmittelprodukte so stark ausgesetzt ist, so liegt dies vielfach auch daran, daß das Ausland es längst erkannt hat, daß eine Landwirtschaft heute nur dann bestehen kann, wenn sie

hochwertige Qualitätsware

herstellt. Der Vorstand ist der Ansicht, daß auch für die deutsche Landwirtschaft der Grundlag Leistung gewinnen muß, nur Ware in bester Qualität auf den Markt zu bringen. Es kommt hinzu, daß der Abfall unserer Produkte unter den ungezählten Sorten, die wir an Kartoffeln, Getreide, Obst, Butter usw. herstellen, leider, um im Konkurrenzkampf mit dem Auslande bestehen zu können, muß die deutsche Landwirtschaft zu einer Vereinheitlichung ihrer Produktion kommen.

Die deutsche Landwirtschaft muß in allen ihren Teilen erkennen, daß sie als ersten Grundfah für die Produktion den ausstellen muß:

„Herstellung einer hochwertigen, marktgängigen Markenware — der einheitlichen Massenware von gleichmäßiger, gesicherter Qualität und beschränkter Sortenzahl.“

Unter dieser Losung muß die Landwirtschaft an die

Eroberung des Innenmarktes

herangehen, den das Ausland ihr zur Zeit vielfach genommen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Landwirtschaft hierzu dank der wissenschaftlichen Forschung und dank der hohen landwirtschaftlichen Technik durchaus in der Lage ist. Es bedarf hierzu in erster Linie der richtigen Organisation. Hier kann aus eigener Kraft viel geschaffen werden. Die Ansätze dazu sind schon vorhanden. Der Brandenburgische Landbund ist bereit, nach besten Kräften daran mitzuarbeiten, daß wir zur Vereinheitlichung unserer Produktion kommen. Der Vorstand sieht hierin eine Lebensfrage für die deutsche Landwirtschaft. Er ist sich aber darüber klar, daß diese Frage nicht nur für eine Provinz gelöst werden kann, sondern der einheitlichen Regelung für das Reich bedarf, und daß diese Aufgabe nur in jahrelanger, zäher Arbeit erfüllt werden kann.

Der Vorstand des Brandenburgischen Landbundes stellt daher an den Reichslandbund das Ersuchen, einen Ausschuss einzusetzen, der die Frage der Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Produktion (Standardisierung) eingehend prüft und im Einvernehmen mit allen an dieser Frage interessierten Organisationen die Grundzüge festlegt, die für eine Standardisierung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion maßgebend sein sollen, der ferner die Richtlinien aufstellt, in welcher Weise in allen Teilen des Reiches gleichmäßig für diesen Gedanken zu werden ist.

Hier wird endlich einmal ausgesprochen, daß auch in der Produktionspolitik der Landwirtschaft selbst die Ursachen dafür zu suchen sind, wenn man über unzureichende Ertragsnisse klagen zu müssen glaubt. Diesen Balken im eigenen Auge wollte man bisher niemals sehen. Mit gutem Grunde: denn die Sozialdemokratie war und ist stets bereit, tatkräftig daran mitzuarbeiten, wenn es gilt, durch Hebung der Qualität der landwirtschaftlichen Produktion die Produktionsverhältnisse zu verbessern. Hierzu gehört auch eine ausreichende Vorsorge für die landwirtschaftliche Schulung und eine tatkräftige Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, die die Träger der Viehzucht sind. In ihrer offiziellen Politik allerdings wollen die Landbundführer davon so wenig als möglich wissen, weil das positive Arbeit zur Förderung der Landwirtschaft wäre, die sich mit der üblichen Landbunddemagogie nicht verträgt. Es wäre auch denkbar verfehlt, von Schutzgöllen, die nur die Verbraucher belasten, eine Förderung dieser Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. Aber auch diese Parole preiszugeben, weigert sich der Reichslandbund, obwohl bisher die Schutzgölle eher ein Hindernis als eine Förderung der landwirtschaftlichen Rationalisierung darstellten.

Kartellhochrat.

Gründungen und Pläne in der Eisenverarbeitung.

Eins der bemerkenswertesten Merkmale der neueren deutschen Industrieentwicklung ist das Nebeneinanderbestehen der Kartellen und Syndikatsbildungen. Dabei wiederholt sich in den letzten Monaten die oft gemachte Erfahrung, daß die geringste Besserung der Wirtschaftslage sofort zur definitiven Gründung von Syndikaten führt, deren Bildung vielleicht schon länger beabsichtigt war, aber erst von der Besserung der Lage ihren letzten Anstoß erhält. Für die nächste Zeit war wieder eine Menge neuer Kartelle zu erwarten. Eins davon, das Panzerschlosssyndikat (Hansschloßsyndikat, Abteilung Panzerschloß, St. Essen) ist am 3. Oktober schon gegründet worden. Dem Syndikat, das als Verkaufssyndikat für Inland und Ausland tätig wird und als Preiskartell einheitliche Preise feststellen wird, ist fast die gesamte Produktion angefallen. Weitere Syndikatsbildungen in der Schloßindustrie werden folgen; so steht eine Konvention für Zylinderlöcher in Aussicht, die ein Preis- und Produktionskartell schaffen soll, an dem auch die amerikanische Firma Hale beteiligt ist, ebenso ein Syndikat für Möbel- und Schrankschloßhersteller, so daß die gesamte Schloßindustrie demnächst kartelliert sein wird.

Auch bei den Weiterarbeitern von Walzwerkstoffen herrscht lebhafteste Bewegung. Dem Drahtverband Düsseldorf gelang vor kurzem die restlose Einbeziehung des Exports in die Tätigkeit des Syndikats. Allerdings hat die gegenwärtige bessere Lage auch den nicht ganz ohnmächtigen Außenseitern Luft gemacht, die jetzt dem Drahtverband mit Kämpfen drohen und sich in der Beseitigung durch Angliederung eines Walzwerks unabhängig machen wollen. Die Stabziehereien stehen vor der Gründung eines festen Verkaufssyndikats für das Inland und Ausland für alle Produkte der Stabziehereien, blattgezogenes Flußeisen, bankgezeugener Weichstahl, komprimierte und gedrehte Wellen kleinerer Abmessungen. Endlich ist seit längerer Zeit schon ein Kartell der Kaltwalzwerke in Vorbereitung.

Man darf gespannt sein, wie weit diese Kartellierung der eisenverarbeitenden Industrie noch führen wird. Der Ausspruch des alten Peter Klöcker für die Schwerindustrie, daß die Verbände keine Belebung des Absatzes gebracht haben, wird auch für die Verarbeiter Geltung behalten. So wird die Erhöhung der Preise, die nur eine Vorwegnahme möglicher Konjunkturverbesserungen und Absatzsteigerungen bedeuten, das einzige Resultat auch dieser Kartelle sein. Die Herren Unternehmer werden wohl nie begreifen, daß die Absatzportelle, die die Rationalisierung und Vertiefung für die ganze Wirtschaft bringen könnten, von den Kartellen immer vorweg aufgezehrt werden, so daß schließlich alles beim alten bleibt.

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 13. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 6. Oktober um 0,5 Proz. auf 128,6 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse auf 131,4 zugenommen, während die Industriefstoffe auf 123,2 leicht nachgegeben haben.

Weiter günstige Entwicklung der R. G. B.—Betriebsbesichtigung. Ueber das erste Vierteljahr 1926/27 der Konsumgenossenschaft Berlin liegen bereits einige Ziffern vor, die erkennen lassen, daß sich die vom „Vorwärts“ kürzlich gekennzeichnete Aufwärtsbewegung in verstärktem Maße fortsetzt. Der Neuzugang an Mitgliedern belief sich in den drei Monaten Juli-September auf 4901 gegen nur 1732 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Umsätze zeigen gleichfalls steigende Tendenz. Der Umsatz des letzten Vierteljahres beläuft sich auf 8 992 639 M., gegenüber 7 424 076 M., in der gleichen

Zeit des Vorjahres; das bedeutet eine Steigerung um 21,1 Proz. Von dem sich immer stärker befestigenden Vertrauen der Mitglieder zeigt die Entwicklung der Sparkasse. Abgegeben von den rund 5 000 000 M. Betragenden, aus der Aufwertung hervorgegangenen Sparkassenbestand konnten an neuen Spareinlagen (Einzahlungen abzüglich Auszahlungen) verbucht werden: 30. Juni 1925 1 276 020 M., 30. Juni 1926 4 900 492 M., 30. September 1926 6 274 679 M. Die letzten drei Monate allein brachten also einen Zuwachs von 1 410 772 M.; der genannte Spareinlagenbestand belief sich am 30. September 1926 auf 11 534 676 M. — Das große Interesse der Mitglieder an ihrer Organisation trat auch bei den an den letzten Sonntagen stattgefundenen Besichtigungen zutage. Am vergangenen Sonntag wurden allein über 2000 Besucher gezählt. Die Führungen durch die Läger und Produktionsstätten in Vichtenberg, Rittergutstr. 16-30, werden an den beiden kommenden Sonntagen, 17. und 24. Oktober, vormittags von 9—11 Uhr wieder stattfinden. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

Der erste Roholztakt unter englischer Herrschaft. Der im Februar erfolgte Kauf der 17,6 Millionen Roholztaktien des Stinnes-Konzerns war für den neuen Besitzer, die englische Inverest Paper Comp. Ltd.-Edinburgh ein glänzendes Geschäft. Zum Beweis dafür braucht man heute nicht mehr die Versicherung von Mister Harrison, dem Konzernchef, vom Juni dieses Jahres heranzuziehen, der nach einer Amerika-Reise feststellte, daß die Königsberger Fabriken wenig oder keine gleichartigen Rivalen in Amerika hätten. Die Roholzt. G., die übrigens seit dem Frühjahr von einem englischen Generaldirektor geleitet wird und als Beteiligung in der International Sulphur and Chemical Co. Ltd. verwaltert wird, einer Untergesellschaft des Harrison-Konzerns, bemerkt das jetzt selbst durch ihre Bilanz. Auf die 17,6 Millionen Aktien werden 11 Proz. Dividende verteilt. Der Betriebsüberschuss ist von 7,17 auf 7,94 Millionen gestiegen. Die Geschäftskosten sind zwar von 3,90 auf 5,14 Millionen gestiegen. Dafür fallen aber fast alle Sonderabzüge der Vorjahrsbilanz weg, wo allein 1,17 Millionen auf Sonderabschreibungen, 0,94 Millionen auf Sonderrückstellungen und 0,53 Millionen auf Währungsverluste entfielen. Abschreibungen erfolgen in diesem Jahre insgesamt nur 0,73 Millionen, so daß der Reingewinn gegen das Vorjahr von 2 781 M. auf über 2 Millionen erhöht ist (2 096 586 M.). Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß die leinerzeit erst nach dem Aktienverkauf erfolgte Bilanzaufstellung für 1924/25 mit Absicht ungunstig gemacht wurde, um den Verkauf der Roholztaktien nicht als miserables Geschäft erscheinen zu lassen. Nach dem jetzigen Abschluß und Versicherungen des Mister Harrison wäre die Roholzt. G. zum Mindesten das Doppelte des Aktienwertes wert. Immerhin ist es beruhigend festzustellen, daß in der Liste des neuen Aufsichtsrats neben Herrn Jacob Goldschmidt auch Herr Hugo Stinnes junior geführt wird und das beide Herren demnach auch an der Lantime von 107 000 M. Teil haben.

Eine neue Berliner Farben A.-G. Die Farbenfabriken A. Beringer G. m. b. H. und Gebrüder Hehl u. Co., alte, seit bald einem Jahrhundert bestehende Berliner Firmen, werden zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen. Die neue Gesellschaft heißt Heil-Beringer Farbenfabriken A.-G. Berlin und hat ein Kapital von 1 Million Mark. Sie wird eine Betriebsgesellschaft sein, die gegen Paht die Betriebe, Läger, Forderungen und Schulden der beiden Firmen übernimmt, mit Ausnahme der Beteiligungen (R. B. Heyls Farwarren-Marktschapp) und Hypotheken auf den verschiedenen Grundstücken. An die Besitzer der eingebrachten Werke Hehl und Beringer ist zunächst eine Jahrespaht zur Abdeckung und Verzinsung der Hypotheken und langfristigen Schulden zu zahlen, die nicht übernommen werden. Später beträgt die Paht jährlich 100 000 M. Die Leitung der A.-G. bleibt in den alten Händen.

Die günstige Lage der Montanindustrie fand ihren außerordentlich interessanten Ausdruck in Mitteilungen, die in der Aufsichtsratsberichterstattung der Paroper Walzwerk A.-G. gemacht wurden. Obwohl das Werk volle fünf Monate wegen dringender Erneuerungsarbeiten stillgelegt hat, schließt es dennoch mit einem kleinen Betriebsüberschuss ab, der zu Abschreibungen verwandt wird. Dabei blieben noch erhebliche Beträge übrig, um eine Reihe von Bauten zwecks Steigerung der Leistungsfähigkeit des Stahlwerks und des Blechwalzwerks vorzunehmen. Das Unternehmen ist seit mehreren Monaten unter Berücksichtigung der inländischen Aufnahmefähigkeit und der Lage am Exportmarkt befriedigend beschäftigt. Es verfügt über einen Auftragsbestand, der diesen Beschäftigungsgrad für mehrere Monate sichert.

Junkersflugzeugbau in der Türkei. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge ist unter Beteiligung deutscher und türkischer Kapitals am 6. Oktober die erste türkische Fabrik für den Bau von Junkersflugzeugen in Kaisarieh (Anatolien) eröffnet worden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Abend sind Berlin S W 68, Lindenstraße 2. Mitts an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Mitte. Zum Werbeumsatz treffen sich sämtliche Genossinnen und Genossen heute, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr auf dem Arkonaplatz. Sympathisierende sind herzlich eingeladen.

2. Kreis Lietzensee. Achtung, Mitglieder der 9., 10., 11., 12., 13. Abt. Die zu heute, Sonnabend, angeordnete Demonstration, welche vom Reinen Lietzensee aus stattfinden sollte, findet aus besonderen Gründen nicht statt. Weitere Mitteilungen erfolgen nach.

3. Kreis Wedding. Sonntag, 17. Oktober, großer Werbeumsatz. Treffpunkt nachmittags 14 Uhr Guben-Weber-Allee, Brunnenplatz und Arkonaplatz. Es ist Pflicht jedes einen Genossen, bestimmt zu erscheinen. Niemand darf fehlen.

4. Kreis Prenzlauer Allee. Achtung! Wegen des unbeschäftigten Wetters findet der Propagandabaumstag der 7. und 8. Abt. nicht statt.

5. Kreis Friedrichshagen. Die Mitglieder werden gebeten, zu dem Propagandabaumstag am Sonntag, 17. Oktober, pünktlich nachmittags 3 Uhr auf der Behrmann-Allee zu erscheinen. Um zahlreiche Beteiligung im Interesse der roten Woche ersucht der Kreisvorstand. Abmarsch pünktlich 2 Uhr.

7. Kreis Charlottenburg. Heute, Sonnabend, 16. Oktober, abends 7 Uhr, enger Kreisvorstandssitzung mit den stellvertretenden im Jugendheim Rosenstr. 4.

13. Kreis Zossen, Karlsruher, Marienfelde, Vichtenberg. Heute, Sonnabend, 16. Oktober, 7 Uhr (nicht 8 Uhr), im Jugendheim Berlin, Lindenbureau bis zur Ablieferung an die Besetzer. Vortragsabend Genosse Fänger vom Vorwärts.

heute, Sonnabend, den 16. Oktober:

- Abt. Die Genossen treffen sich zum Werbeumsatz nachmittags 4 Uhr auf dem Arkonaplatz.
- Abt. Von 6 Uhr ab Werbematerial abholen von Krümpel, Henselberger Straße 3.
- Abt. Werbematerial von Dose, Korbhofen 6, bestimmt abholen.
- Abt. Die Bezirksführer müssen heute das Werbematerial von Müller, Wilsch 12, abholen.
- Abt. 4 Uhr nachmittags kann das Werbematerial von Frau, Ulrechter Straße 21, abgeholt werden. Treffpunkt zum Werbeumsatz am Sonntag nachmittags 14 Uhr Propaganda-Allee, Guben-Weber-Allee.
- Abt. 7 Uhr bei Gott und Gruppe Bannberger Allee bei Kramer holen die Genossen Flugblätter nach Umstellung der Bezirksführer ab. Die Bezirksführer müssen eine Stunde früher zur Stelle sein. Restlose Beteiligung ist Pflicht.
- Abt. 7 Uhr holen die Bezirksführer Material von Burg, Prenzlauer Allee 199, ab.
- Abt. Ab 5 1/2 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus.
- Abt. 6 Uhr ab Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus. Ebenfalls Sonntag vormittags.
- Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, von 5-7 Uhr bei Weißer, Sauerbucht 2, das Werbematerial in Empfang zu nehmen.

- Abt. 5 1/2 Uhr treffen sich die Mitglieder in folgenden Lokalen: Simon, Belle-Alliance-Str. 30; Schäfer, Chemiefabrik 4; Uhr, Bergmannstraße 6; Meise, Osniesmannstr. 6a.
- Abt. Heute und Sonntag Flugblattverteilung. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen. Die Bezirksführer holen heute nachmittags 4 Uhr die Flugblätter von Wolf ab.
- Abt. Achtung, Bezirksführer! Ab nachmittags 3 1/2 Uhr Werbematerial für die rote Woche bei Schiebold, Admiralstr. 5, abholen.
- Abt. Ab 6 Uhr und Sonntag ab 9 Uhr Werbematerial abholen von Eichholz, Curvenstr. 73.
- Abt. Ab 6 Uhr Ausgabe von Werbematerial bei Reiser, Hülshorst 1. Einmalige Bezirksführer müssen anwesend sein. Alle Genossen treffen sich am Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr am Ausgang der 4. Abt. in der Neuen Friedr.straße, Ecke Hülshorst.

- Charlottenburg. 51. Abt. 7 Uhr Treffpunkt der Genossen in den Gruppenlokalen. — 52. Abt. Zur Flugblattverteilung treffen sich die Genossen nachmittags 5 Uhr und Sonntag vormittags 9 Uhr bei Tabe, Ralfeisen-Ausgabe-Allee 22. Die Bezirksführer werden gebeten, ihre Qualitäten vorzulegen. — 53. Abt. Ab 6 Uhr Material abholen von Kur, Lützenstr. 26. Am Sonntag nachmittags 4 Uhr treffen sich die Genossen und Genossen, die an der Bannerweiche der 4. Abt. teilnehmen wollen, ebenfalls bei Kur, Lützenstr. 26. Abfahrt nachmittags 4.00 Uhr, Wichestraße. — 54. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung; 8. Gruppe von Egerstr. 90; 9. Gruppe von Reimer, Wilmersdorfer Str. 21; 10. Gruppe von Böhm, Schloßstr. 43, aus. — 55. Abt. Flugblattmaterial abholen von Hinrichsen, Bogenstr. Str. 25a.
- Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr von Krohls, Poststraße Str. 60, Werbematerial abholen.
- Reinickendorf. 83. Abt. 3.30 Uhr treffen sich sämtliche Genossinnen und Genossen in folgenden Lokalen: 1. bei 4. Bezirk bei Reife, Sanderstr. 10; 5. 7., 8. Bezirk bei Bachmann, Reuterstr. 47; 6. 11., 12. Bezirk bei Böcher, Panzerstr. 64; Ausgabe des Werbematerials. — 91. Abt. Um 6 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Lokalen aus: Eichmann, Wilmersdorfer Straße; Karlsruherstr. 4; Lühde, Karlsruherstr. 12. Um 8 Uhr wichtige Besprechung mit den Bezirksführern bei Lühde, Karlsruherstr. 12. — 94. Abt. Alle Mitglieder müssen heute und Sonntag in den bekannten Lokalen zur Arbeit erscheinen. Die Bezirksführer holen das Material Sonntag nachmittags 4 Uhr von Günther ab. — 96. Abt. Die Bezirksführer holen das Werbematerial von der Expedition Steigfriedstraße zwischen 4 und 6 Uhr ab.
- Abt. Treptow. Zur Demonstration treffen sich die Mitglieder nachmittags 5 1/2 Uhr Wilmersdorf, Ecke Gröbelfstraße.
- Abt. Kiebitz-Landwehr. Ab 6 Uhr Flugblattverteilung bei Thiele, Reuterstr. Str. 38.
- Friedrichshagen. 114. Abt. Ab 4 Uhr nachmittags Flugblattverteilung bei Schmarer, Gabriel-Wer-Str. 17. — 115. Abt. Abends 6 Uhr sind die Flugblätter von den bekannten Pöhlchenlokalen abzuholen. Sonntag, 17. Oktober, nachmittags 12 1/2 Uhr, Frankfurter Allee, Ecke Kronprinzenstraße. Treffpunkt zum Ausgang. Rote Fahnen sind mitzubringen. — 119. Abt. 6 Uhr bei W. Reiser, Wilmersdorf, Ecke Rittergutstraße, Verteilung des Werbematerials zur roten Woche.
- Abt. Mahlsdorf. Achtung! Abends 8 Uhr Werbematerial abholen von Treibsch und von Anders, Niemand darf fehlen.
- Abt. Reinickendorf-Öst. Die Flugblätter sind heute von 6 bis 8 Uhr und Sonntag von 9 bis 11 Uhr für die Bezirke 1 bis 11 beim Genossen Wache, Prenzlauer Str. 56, abzuholen. Die Bezirke 1 und 2 werden ersucht, am Sonntag, 16. Oktober, in der Zeit von 6-8 Uhr im Lokal Bachmann, Hauptstraße 36-37, sich zur Entgegennahme des Werbematerials einzufinden.

Morgen, Sonntag, den 17. Oktober:

- Abt. 9 Uhr vormittags Treffpunkt der Bezirksführer, Neue Friedr.straße 106.
- Abt. Zur Vertretung für die rote Woche treffen sich sämtliche Mitglieder nachmittags 9 Uhr, die folgenden Tage nachmittags 3 Uhr bei Hübler, Wilmersdorfer Str. 54. Es darf niemand fehlen. — Der Werbematerial wegen haben die Bezirksführer vormittags 9 Uhr bei Hübler, Wilmersdorfer Str. 54, an den Kassierer Reiser unbedingt Abfertigungslagen zu leisten. Vorkasse sind Kisten in Empfang zu nehmen. Kartothekkarten sind mitzubringen.
- Abt. Das Werbematerial ist vormittags von der Expedition, Wilmersdorfer Str. 48, abzuholen.
- Abt. 14 Uhr nachmittags Abmarsch unseres Demonstrationzuges zum Pöhlchen, Brunnenplatz. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich Sonntag nachmittags 12 1/2 Uhr in ihren Pöhlchenlokalen. Reiser darf fehlen. Gorgi für rege Beteiligung.
- Abt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Demonstration nachmittags 12 1/2 Uhr Arkonaplatz. Von dort pünktlich 1 1/2 Uhr Abmarsch zur Behrmann-Allee.
- Abt. Vormittags 9 Uhr Flugblattverteilung von Rosin, Gubenstr. 19. Nachmittags Werbeumsatz durch den Osten. Treffpunkt pünktlich 2 Uhr auf der Behrmann-Allee. Erscheinen alle Genossen ist Pflicht.
- Abt. Die Mitglieder treffen sich zur Demonstration nachmittags 12 1/2 Uhr Ripper Straße Ecke Propaganda-Allee. Abmarsch pünktlich 1 1/2 Uhr.
- Abt. Alle Mitglieder beteiligen sich am Werbeumsatz. Treffpunkt 1 1/2 Uhr bei Jersch, Oberstr. 10. Banner und rote Fahnen sind mitzubringen. Nachhaken treffen sich um 2 Uhr auf der Behrmann-Allee.
- Abt. Die Mitglieder treffen sich vormittags 9 Uhr in den bekannten Pöhlchenlokalen zur Arbeit. Reiser darf fehlen.
- Abt. Treptow. Zur Demonstration treffen sich alle Genossen am Sonntag nachmittags 12 1/2 Uhr am Ausgang des Reichshausens am Sonntag treffen sich alle Mitglieder. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr Werbematerial bei Hinrichsen in Empfang.
- Friedrichshagen. 118. Abt. Mittags 12 1/2 Uhr Abmarsch zum Werbeumsatz des Kreises. Sammelpunkt: Frankfurter Allee Ecke Juchterstr. Mit dem Erscheinen aller Mitglieder wird bestimmt gesehrt. Flugblattverteilung am Sonntag und Sonntag von den Gruppenlokalen aus. Niemand darf fehlen. — 119. Abt. Treffpunkt zum Propagandabaumstag mittags 12 1/2 Uhr Gröbelfstraße Ecke Frankfurter Allee. Alles muß zur Stelle sein. Fahnen sind mitzubringen.

Frauenveranstaltung:

- Abt. Treptow. Alle Genossinnen treffen sich zur Verbreitung der „Frauenstimme“ Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der „Vorwärts“-Expedition, Gröbelfstr. 60.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 27/28, Hof 2 Tr.

Friedrichshagen: Antreten Mitglieder nach am Sonntag 10 Uhr aus. Bezirk 1, 2, und 7. Section 9 1/2 Uhr Arkonaplatz. — Reinickendorf: 1. Kameradschaft, 1. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

1. Kameradschaft, 1. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

2. Kameradschaft, 2. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

3. Kameradschaft, 3. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

4. Kameradschaft, 4. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

5. Kameradschaft, 5. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

6. Kameradschaft, 6. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

7. Kameradschaft, 7. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

8. Kameradschaft, 8. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

9. Kameradschaft, 9. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

10. Kameradschaft, 10. Zug: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

In den englischen Kohlenfeldern.

Von Heinrich Braune.

London, im Oktober 1926.

55, Russell Square.

In der Verwaltung des Bergarbeiterverbandes Großbritanniens herrscht heute morgen wieder erhebliche Aufregung. Die Nachprüfung mit den Parlamentariern war ziemlich ergebnislos verlaufen, eine der üblichen, nicht all zu viel sagenden Entschuldigungen war dabei herausgekommen, die eigentlich nur den Wert von Tagesberichten besagen. Aber von der Morgenberatung des Komitees hofft man um so mehr. Draußen vor der Tür warten seit einigen Stunden die Reporter der Londoner Presse, die alle von Miss Adams, der Sekretärin A. S. Coats, mit der stereotypen Antwort: „The committee is still sitting“, wieder hinauskomplimentiert werden. Mit dem Pressephotographen zusammen lehnen sie jetzt an den Geländern der Balustrade und lassen die Augen gelangweilt über das hüpende Getöse des Verkehrs im Southampton Road gleiten, nach dem sich der Russell Square im Osten öffnet.

Draußen tippen die Senatspistinnen unentwegt die letzte Entscheidung für die Distriktsbureaus. A. S. Coats läuft alle Augenblicke in diesen mit Papier und Drucksachen vollgestopften Raum, macht Unterschriften und gibt mit einer von dauerndem Reden heiseren, tonlosen Stimme Anweisungen. Ein Dauerarbeiter ist das, dieser Generalsekretär der englischen Bergarbeiter. In seinem blankgetragenen blauen Anzuge mit den vollgepackten Taschen, seinem blinden Schopf und dem übermächtigen Gesicht ist er in ganz England bekannt geworden, der ehemalige Baptistenprediger, der im schmutzigen Bergarbeiterkittel und den zerrissenen Händen nach schwerer Arbeit im Schacht seinen Wallisern noch das Wort Gottes auslegte, bis er Sozialist wurde und die Bibel mit dem kommunistischen Manifest vertauschte. Schwächling und beweglich ist er, das ebensolche Gegenteil zu Herbert Smith, dem Vorsitzenden der Federation, der groß und schwer ist, mit einem vollen harten Gesicht, das sich wohl nie zu einem verwunderlichen Staunen verziehen kann, das jeden überfällt, wenn er diese massige Gestalt zum ersten Male sieht mit dem blauen Schilde, auf dem eine viel zu kleine Mütze balanciert.

„We don't know, what happens“ (wir wissen nicht, was vor sich geht), ruft Frank Barlow, das Exekutivmitglied von Mansfield die Köpfe, als sie aus dem Konferenzsaal herauskommen. Sowohl Cape wie Davies können ihre in ihren Heimatdistrikten angesehenen Meetings nicht besuchen. Tom Cape hatte mich zur Begleitung in die Midlandkohlenfelder nach Nottingham eingeladen, und Davies wollte mich in seiner Car mit nach South Wales nehmen. Aber jetzt müssen alle Mitglieder der Exekutive in der Zentrale bleiben, und so zog ich es vor, allein in die Kohlenfelder zu ziehen. Ich reiste ab nach South Wales.

Zunächst nach Cardiff.

Das Tor für South Wales ist Cardiff. Das ist eine große Stadt, die wohl über eine halbe Million Menschen beherbergt. Umfangreich sind die Dockanlagen, schmutzig und stinkend die Kraberküsten und recht nett und schön die Parabelstrassen, die heute von Arbeitslosen gefüllt sind. Überall stehen sie, vor den Läden, an den Ecken, schlendern langsam den Bürgersteig herunter. Der Kohlenhafen ist leer. Das ist schon der Kohlenkrieg. Grau und trübselig liegt die Stadt da, grau und trübselig wie die Menschen auf ihren Straßen. Hier hat die Miner's Federation of South Wales ihre Bureaus, draußen am St. Andrew Crescent. Es sind aber nur Sekretärinnen und alle Gewerkschaftsbeamte da, die nicht mehr mit raus können, alles was noch jung und frisch ist, muß fort zum Sprechen. Der greise Alte dort rät mir, nach Porth zu gehen, „There are our biggest coalfields“ (dort sind unsere größten Kohlenreviere), meint er und telephoniert mit dem Sekretär dort, orientiert mich über Weg und Weisheit des Zuges und schreibt Adressen und Empfehlungen auf. Bald schwingt der Schaffner die grüne Fahne für die Abfahrt in die „biggest coalfields“.

Bei den streifenden Bergarbeitern von South Wales.

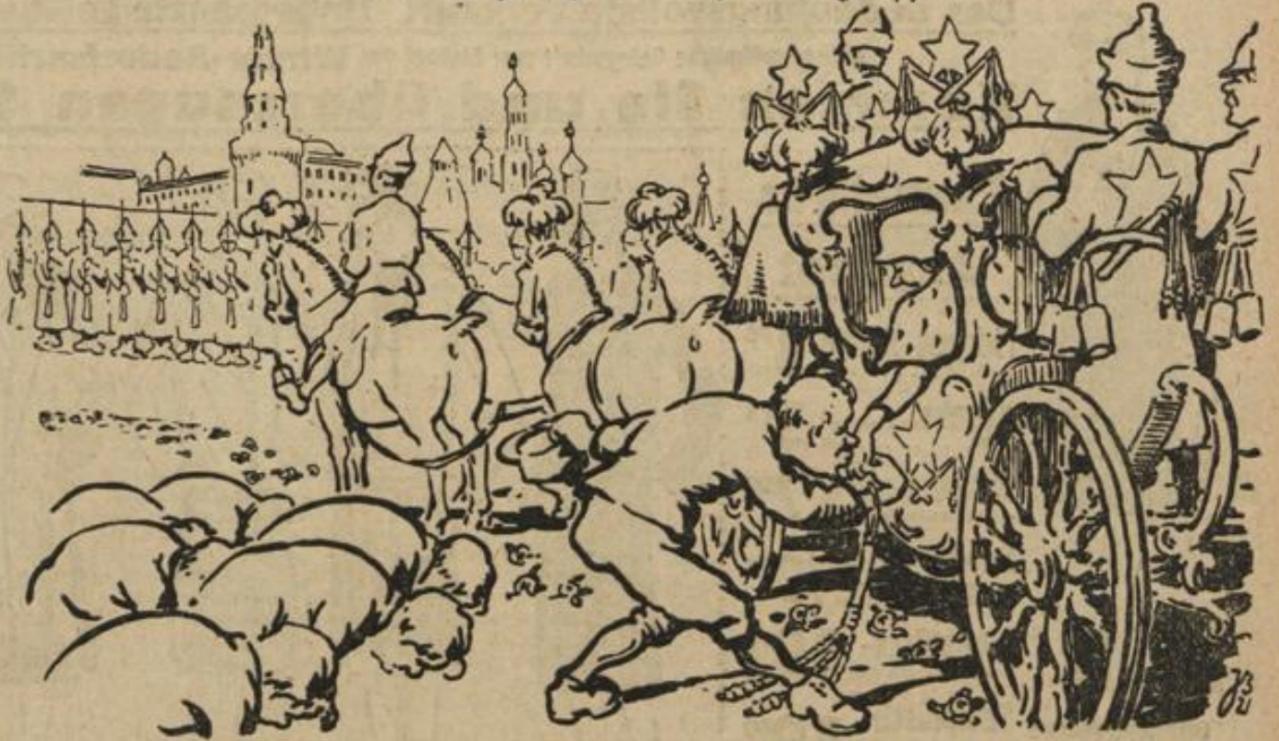
South Wales ist ein herrliches Land. Gleich, wenn der Zug Cardiff verlassen hat und schmale Arbeiterfiedlungen den Bahndamm säumen, öffnet sich eine reizvolle Berglandschaft. Dunkelgrüne Waldhänge klettern ein schmales, tiefes Tal hinab, in dem ein Bergstrom übermäßig schäumt. Kurz vor Pontypriddo überquert das schmale Spinnengerüst eines Viaduktes föhnt die Schlucht. Von oben herunter bliden kleine, weiße Siedlungen interessiert dem bergan schnaufenden Zug nach, und ein trübseliges Kastell mit dickem Rundturm und spitzen Hütden schaut neugierig zwischen hohen Tannen hindurch. Dann weitet sich das Tal, Gesteine sähern auseinander, viele kleine graue Güterwagen der Great Western Railway, hoch rogen schwarze Schornsteine, die kalt und rauchlos in den blauen Himmel stehen.

So beginnen die Kohlenfelder. Die grünen Waldhänge verschwinden, mit trübseligen Blasen stehen die runden Bergkluppen rundum, oft schwarz verbrannt. Schwarz wird jetzt die herrschende Farbe. Schwarz sind die Schlackenberge, die sich wie alte Korallen die Hänge hinaufziehen, die den Grund für die Fabrikgelände geben müssen, und auf die man die Siedlungen errichtet hat. Die Berge rücken bald wieder dichter aneinander, machen noch einmal Platz für den großen Ort Pontypriddo, wo man auf den Zug nach Porth warten muß. Von nun an sind sie immer dicht beieinander. Das Rhondda Valley ist schmal. Die besten Plätze unten in der Talsohle nehmen schwarze niedrige Gebäude ein, hinter deren blinden Fenstern heute schüchtern hier und dort eine kleine elektrische Birne gelb blinkt. Die Wohnsiedlungen aber aus grauem Brick klettern hoch die Hänge hinauf; wo nur eben der Berg eine Stufe ließ, drängen sie sich zu schmalen Häuserzeilen. Porth ist eine Stadt von ungefähr 25 000 Einwohnern, ein Ort mit winzigen Gassen, die hoch- und niederklettern, alles kleine zweistöckige Häuser, grau und schwarz, mit flachen Dächern und eisernen Fenstergerippen. Porth ist das Zentrum des Rhondda-Distriktes, in dem etwa 40 000 bis 50 000 Minenarbeiter beschäftigt sind, in Porth haben sie ihr Gewerkschaftsbureau, dessen Sekretär Bewis, ein gemütlicher dicker Mann, mich vor der Tür erwartet, schmunzelnd wie ein deutscher Schenkwirt. Mit ihm spreche ich alles durch, was mir wissenschaftlich erscheint, und mit ihm schlendere ich durch die „biggest coalfields“.

So also sieht die vorderste Linie in diesem erbitterten Stellungskrieg zwischen Kapital und Arbeit aus, die vorderste Front des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse!

Die hier heut an Zäunen und Hecken stehen und an den Barrieren der Eisenbahn zergrünt, mit eingefallenen Wangen, die

Der Einzug der Prinzessin.



„Da nicht anzunehmen ist, daß Ew. Kgl. Hoheit in Begleitung eines „Vorwärts“-Redakteurs erscheinen, seien Ew. Kgl. Hoheit hiermit in Sowjet-Rußland herzlich willkommen!“

Ballonmütze im Nacken, den Schal um den Hals gefchlungen, im abgerissenen Arbeitskittel oder schäbigen Sonntagshabit, Junge und Alte, in Gruppen zu fünf und sechs, hunderte, Tausende wohl insgesamt, die standen gestern auch wohl schon hier und vorgestern, die ganzen Tage, hundertundsechzig lange Tage hindurch und warten, warten nur immerzu. Jeden Tag.

„Arbeitet gar keiner?“

„Nobody, Only the safety-men.“ (Kein einziger, nur die Sicherheitsleute.) Jeden Tag erhalten sie durch die Lokalkomitees einmal ein Essen. „Es ist nicht viel mehr als ein Suppe“, meint ein alter Bergarbeiter mit den charakteristischen blauen Malen aller Schläge, an denen man jeden, der unten im Schacht arbeitete, wieder erkennt. „Geld? Ja, Geld gibt's“, erklärt er etwas bitter weiter, „während des Kampfes hat es bisher am 9. August, am 9. September und am 14. und 21. glaube ich, je zwei Schilling gegeben.“ — „Ja, wie sollen wir es auch machen“, wirft Lewis ein, „für den 21. erhielten wir über Cardiff von London 3000 Pfd. Sterling, in die sich 40 000 Menschen teilen sollen. Das gibt nicht einmal zwei Schilling. Darum erhält nur der das Geld, der am Essen nicht teilnimmt.“ — „Und die anderen?“ — „Kriegen nichts“, ruft er mit den Köpfen. „Ja, und der Staat?“ — „Es existiert wohl die Poor Law Relief, die gefesselte Armenhilfe, die kleine Darlehen bewilligt, aber unsere Frauen halten es für unter ihrer Würde, dorthin zu gehen. Das Frauenkomitee in London hilft, so viel es kann, aber wer will die Tausende von Wünschen befriedigen. Geld und Kleider werden von dort geschickt, für die Kinder vor allen Dingen.“ — „Ja, die Kinder?“ — „Die erhalten“, erklärt Bewis weiter, „in der Schule zweimal etwas den Tag durch die Education authorities.“

„Frauen und Kinder leiden wohl am meisten?“

„Aber sie sind unsere besten Kämpfer, they determine to carry on, sie bestimmen durchzuhalten.“

Keiner in diesem Bezirk wird die Gewerkschaft verlassen. „The solidarity of the people is wonderful“, sagte Lewis, als wir in die Schulküche eintreten, wo die Nachmittagsmahlzeit der Kinder stattfindet. Der große Raum ist ausgeräumt. Schulbänke, Pulte und Tische in die Ecken verstaubt, ein großer Speisesaal hergerichtet. Frauen bringen Teller gehäuft mit Sandwichs, abgearbeitete Bergarbeiterfrauen, und dann kommen die Kinder. Die Kleinen zu zweien und dreien angefaßt, Blecheller und Löffel unter dem Arm. Mit stummer Reugier betrachten sie so von unten heraus den fremden Besucher, rücken dann an ihre gewohnten Plätze. Abgerissen und unterernährt sind sie, dünne Arme und Beine schauen aus fadenförmigen Kleidern heraus. Kränzlich bleich erscheinen die Gesichter, besonders die der größeren. So achtzig bis hundert sind wohl jetzt in die Stube gerückt, nun betet ein Bergarbeiter, alle stehen auf, plappern eilig nach und dann beginnt das laute Schmaßen und Löffelklappern, die charakteristischen, beruhigenden Geräusche einer großen Speisung.

Währenddessen spielte sich im Flur eine kleine, scheinbar belanglose Szene ab, die aber tief und deutlich den Ernst der Situation ahnen läßt. Eine Frau war gekommen in einem etwas schäbigen aber sauberen Sonntagstaat, mit einem kleinen blonden Fünfjährigen, der sich scheu an den Rock der Mutter drängte. Da diese Speisung nur für Schulkinder bestimmt ist, erhalten die Kleinen nichts davon. Bitten mochte die Mutter nicht, sie stand dort im Flur in grenzenloser Verlegenheit und Scham. Der Junge starrte mit großen Augen auf die schmachenden Kameraden. Ein vorübergehender Bergarbeiter vom Ordnungspersonal drückt ihm zwei Schritten in die Hand, über die der Kleine mit Heißhunger herfällt. Die Frau dankt verlegen, „it is alright“, beendet der Miner das für die Frau offenbar peinliche der Situation. Der Junge strahlt.

Draußen treffen wir jetzt Kinder, die zu den von den Streifen den eingerichteten Schuhreparaturwerkstätten hinaufziehen. Sie sind recht fidel dort oben und singen unter den rhythmischen Klopfschlägen ihrer Hämmer, die auf die allzu schadhafte Trittschne der Kleinen und Großen niederprasseln, unverständliche Wallisische Lieder, die sie offenbar äußerst belustigen. Sie sind hier alle sehr stolz darauf, kürzlich für den „Daily Herald“ photographiert zu sein.

Der Abend sinkt hernieder über dieses gefundene Land. Im Dunkel der Straße sieht man die wartenden Gruppen auseinandergehen. Mit schweren müden Schritten stampfen die Männer ihrer Behausung zu. Aber nur die wenigsten Häuser zeigen traulichen Lampenschein. Ganze Straßen liegen schwarz und stumpf da: der

Hunger geht um. Von fern bimmelt die Kleinbahn, die hinten im Tal die Straße überquert, wild fauchend hält sie am Bahnsteig, als wollte sie das Leben, das einst rund um sie her pulste und atmete, dreifach ersehen. Durchs schlafende stille Walliser Land flucht sie zurück nach Cardiff, vorbei an toten Fabriken und Schächten, einem riesigen trostlosen Friedhof.

Sturmfluten. Die ungeheure Sturmflut in der Nordsee, die nicht nur die Insel Helgoland, sondern auch den Dammbau nach Ost getrieben hat, hat gerade in der Nordsee sehr viele Vorgänger, denn man kann wohl sagen, daß der größte Teil der Nordsee Küste hauptsächlich durch Sturmfluten gebildet worden ist. Durch die sogenannte „Aberheiligenflut“ im Jahre 1170, die vielleicht die größte historisch bekannte Sturmflut in der Nordsee gewesen ist, wurden die Inseln Tegel und Dieringen dadurch gebildet, daß sie vom Festland abgetrennt wurden, und der Zuidersee erweitert. 50 Jahre später, am 17. November 1218 fand wieder eine furchtbare Sturmflut statt, welche die Ursache zu der Bildung des Jadebusens war. Das Jahr 1277 war besonders durch Sturmfluten ausgezeichnet, denn uns sind gewaltige Verheerungen in der Nordsee am 13. Januar und 25. Dezember dieses Jahres überliefert. Besonders der Weihnachtstag 1277 war von furchtbarer Tragik. Genau 100 Jahre später, im Jahre 1377 fand wieder eine furchtbare Sturmflut in der Nordsee statt, die die Ursache zur Bildung des Dollart war. Nun hatte die Nordsee 200 Jahre Ruhe. Aber die überhaupt größte Sturmflut in der Nordsee fand am 2. November 1570 statt, denn bei dieser Flut fanden nach geschichtlichen Ueberlieferungen nicht weniger als 100 000 Menschen ihren Tod. Zu den größeren Sturmfluten gehören noch die vom Weihnachtstage 1717 und vom 3. und 4. Februar 1825, wo in der Jade die Höhe der Sturmflut sechs Meter über Mittelwasser war.

Während in der Nordsee die Nordweststürme dadurch gefährlich sind, daß sie das Wasser ungeheuer aufstauen, sind für die Ostsee die Nordoststürme die gefährlichsten, denn sie haben für die Ostsee dieselbe Wirkung, wie für die Nordsee die Nordweststürme. Meist gehen ihnen Westwinde voraus, die das Wasser zu ungeheuren Bergen in die Höhe treiben. Sobald der Wind nach Nordosten umschlägt, stürzen sich diese Wasserberge über die Küste der Ostsee. Eine derartige Sturmflut war es, die im Jahre 1308 die sehr bekannte Insel Hiddensee von der Insel Rügen abtrennte. Von größeren Sturmfluten seien noch die vom 3. Februar 1825 und vor allen Dingen die vom November 1872 erwähnt. Diese letztere Sturmflut schlug die ungeheuren Wassermengen in die Buchten von Travemünde und Kiel und verursachte in Kiel einen Wasserstand von 3,17 Meter über Mittelwasser. Dieselbe Sturmflut vom Jahre 1872 hatte für die Insel Hiddensee entsetzliche Folgen, denn der südliche Teil der Insel bei Neuendorf wurde stark beschädigt. Auch die Sturmflut vom 31. Dezember 1904 war für die Ostseeküste von katastrophaler Wirkung. Die kleineren Inseln wie Hiddensee und Rügen haben um die Winterzeit fast alljährlich harte Sturmfluten zu bestehen, die allerdings von geringerer Bedeutung sind. Zum Schluß sei noch diejenige Sturmflut erwähnt, die die größte Katastrophe auf Erden bisher war, und zwar die vom 1. Dezember 1876 im Delta des Brahmaputra. Bei dieser Sturmflut kamen mehr als 200 000 Menschen ums Leben.

Toilettensträucher. Während man bei uns die notwendigen Toilettenmittel sehr teuer bezahlen muß, wachsen sie den Afrikanern sozusagen in die Hand. Von solchen Toilettenpflanzen des schwarzen Erdteils plaudert Josef Biera in der Leipziger „Ausländischen Zeitung“. Da gibt es in einem großen Teile Afrikas und auch in Ceylon, Vorderindien, Persien und Arabien einen Strauch, der mit dem botanischen Namen *Salvadora persica* Garcin heißt, aber kurzweg *Jahn* für den Strauch genannt wird. Seine Zweige werden an einem Ende aufgefäsert und auf Handpannenlänge abgeschnitten. Mit diesen pinselförmigen Zweigstücken bürstet sich in Afrika jung und alt eifrig die Zähne, bis sie so blank sind wie Eisenblech. Der afrikanische neger hält nämlich sehr viel auf Mund- und Zahnpflege. Sehr hoch geschätzt sind bei uns lange, aus einem lockeren Fasernetz bestehende Schwämme, die als „Luffa“ zum Frörieren angepriesen werden. Dieser vorzügliche Fröriereschwamm ist eine Gurke, die Frucht des Luffasträucher, der in Afrika massenhaft wild wächst. Der Schwamm hängt an einem Rankengewächs mit unregelmäßig gezackten, rauh behaarten Blättern, wird 30 bis 50 Zentimeter lang und enthält, wenn er in reifem Zustand gepflückt wird, eine Menge dunkler Samentkörner. Werden diese ausgeschüttelt, dann ist der Luffaschwamm gebrauchsfähig. Die meisten Luffaschwämme stammen aber aus Japan, denn der afrikanische Pflanzler ist noch nicht auf den Gedanken gekommen, den Luffastrauch anzubauen und die Schwämme zu sammeln. Auch der Seifenbaum ist in Afrika heimlich; er gehört zur Gattung der Sapindaceen, und seine stachelbeergroßen, bisweilen auch größeren Früchte geben einen schönen Schaum und sind ein vorzügliches Waschmittel. Wer die Seifenfrüchte nicht selber pflücken will, der kann sie beim Händler für wenig Geld erstehen.

